

HALB

ZEIT



DEMOKRATISCHER.
SOZIALER.
ÖKOLOGISCHER.

BILANZ

Thüringen nach 2½ Jahren Rot-Rot-Grün



Editorial

Der Start der ersten rot-rot-grünen Landesregierung in der Geschichte der Bunderepublik war von Skepsis begleitet. „Kann das überhaupt gut gehen mit drei Parteien und nur einer Stimme Mehrheit?“, fragten selbst wohlmeinende Beobachter der politischen Landschaft.

Es kann.

Das Kürzel r2g hat über die Grenzen Thüringens hinaus Bekanntheit erhalten. Es steht für eine ruhige, sachorientierte Politik, in der Ideologie wenig Raum hat. R2g ist zudem ein Synonym geworden für einen neuen Politikstil, der die tradierten „Koch-und-Kellner-Spiele“ zwischen den Koalitionspartnern durch eine Politik auf Augenhöhe abgelöst hat.

Nur so, gemeinsam und ressortübergreifend, konnten wir die großen Herausforderungen meistern, die mit der Ankunft zehntausender Flüchtlinge gleich zu Anfang unserer Regierungszeit verbunden waren. Inzwischen arbeiten wir an ihrer Integration in unsere Gesellschaft und verzeichnen auch hier erfreuliche Fortschritte.

Thüringen ist gut aufgestellt. Unsere Schülerinnen und Schüler gehören zu den besten der Republik, in Sachen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind wir die Nummer eins unter den ostdeutschen Ländern und haben viele Länder aus dem alten Bundesgebiet hinter uns gelassen. Mit der Gebietsreform wollen wir ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur Modernisierung unseres Freistaats erreichen.

Die Stimme Thüringens hat Gewicht im Bundesrat und in der Ministerpräsidentenkonferenz. Ob bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches oder der Verteilung von öffentlichen Geldern für den Bahnverkehr, ob bei den Fragen eines gerechten Strompreises und einer nachhaltigen Energiepolitik, wir konnten erfolgreich die Interessen unseres Freistaats geltend machen und in großen Teilen durchsetzen.

Inzwischen wird, was vor kurzem noch undenkbar schien, das Thüringer Regierungsmodell auch als ernsthafte Option für den Bund diskutiert.

Ja, wir können auf das Erreichte ein wenig stolz sein. Darauf ausruhen dürfen wir uns nicht. Wir müssen unsere Verwaltung modernisieren, unnötige Bürokratie abbauen und Bürgernähe schaffen. Wir wollen die Instrumentarien direkter Demokratie ausbauen, die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf staatliche Entscheidungen erhöhen. Wir müssen uns auf große industrielle Strukturveränderungen einstellen, die Umstellung der Automobilindustrie auf den Elektroantrieb ist dafür nur ein Beispiel. Bildung, Integration und soziale Sicherheit werden auch in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode unsere Agenda prägen.

Wir sind interessiert an Ihrer Meinung, an Ihrer Kritik, Ihren Empfehlungen und Ihren Wünschen.

Herzlichst, Ihr

Bodo Ramelow

#r2g

www.halbzeitbilanz-thueringen.de

Inhalt

Editorial 3

Bodo Ramelow
Ministerpräsident



„Pragmatisch, bodenständig,
verlässlich“ 6

Heike Werner
Ministerin für Arbeit, Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie



Die Frau am Puls sozialer Politik 12

Dr. Birgit Klaubert
Ministerin für Bildung,
Jugend und Sport



Reformen mit Augenmaß 16

Heike Taubert
Finanzministerin und
stellvertretende Ministerpräsidentin



„Wenig Geld macht Sorgen,
viel Geld aber manchmal auch“ 20

Birgit Keller
Ministerin für Infrastruktur
und Landwirtschaft



Mit Bodenhaftung und Weitblick 24

Viel zu tun für die Zukunft
Thüringens 32



Dr. jur. Holger Poppenhäger
Minister für Inneres
und Kommunales

Justiz soll stärker werden 36



Dieter Lauinger
Minister für Migration, Justiz
und Verbraucherschutz

Die sanfte Kulturrevolution 40



Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
Minister für Kultur, Bundes- und
Europaangelegenheiten und
Chef der Staatskanzlei

Gesundheitskur für das
grüne Herz Deutschlands 46



Anja Siegesmund
Ministerin für Umwelt, Energie
und Naturschutz

Neue Rezepte und deutlich
mehr Dialog: Thüringen auf
der Überholspur 50



Wolfgang Tiefensee
Minister für Wirtschaft, Wissenschaft
und Digitale Gesellschaft

Impressum / Bildnachweis 54



Interview des Ministerpräsidenten

„Pragmatisch, bodenständig, verlässlich“

Solide politische Arbeit mit einigen beachtlichen Erfolgen, auch bei den Randthemen – attestiert Bodo Ramelow seiner rot-rot-grünen Regierungskoalition zur Halbzeit. Die Dreierkoalition mit einem Linken an der Spitze ist seit zweieinhalb Jahren Realität – und funktioniert. Und so mancher Skeptiker hat damit seine Wette dagegen verloren...

Herr Ramelow, was sind für Sie persönlich die größten Errungenschaften der ersten Hälfte dieser Wahlperiode?

Neben den großen Themen wie Bildung, Horte, Arbeitsplätze, soziale Teilhabe und Zukunftssicherung unseres Landes sind das für mich eine Vielzahl von kleineren und eher unscheinbaren Dingen, die ich umsetzen wollte, die aber in der öffentlichen Wahrnehmung weniger groß von Bedeutung waren. Ich freue mich sehr, dass wir bei Themen, die scheinbar hängengeblieben waren zwischen Ministerien und Zuständigkeiten, nun einiges in Gang setzen konnten und an vielen Stellen der Arbeitserfolg und mein Arbeitsprinzip zu erkennen sind.

Haben Sie Beispiele?

Das sind für viele Menschen vielleicht gar nicht so wichtig erscheinende Angelegenheiten, fangen wir mal mit Kuriosem an wie etwa dem ältesten Golfplatz Deutschlands in Oberhof – eine völlig vergessene Geschichte. Mein Ziel in dieser Legislaturperiode ist es unter vielem anderen, dieses Gelände wieder als Golfplatz nutzbar zu machen. Aktuell steht es unter Naturschutz und das Ganze ist hochkompliziert. Dort wachsen seltene Orchideen, und das Projekt anzupacken bedarf großer Behutsamkeit. Es bleibt aber trotzdem der allerälteste Golfplatz in Deutschland. Wie man sich unschwer vorstellen kann, ist er zur DDR-Zeit mit Freude zu einer Wiese umgebaut worden.

Spielen Sie denn Golf?

Nein, ich bin kein Golfspieler, es ist einfach nur eine historische Reminiszenz, aber für den Tourismus in Oberhof enorm wichtig. Denn vor dem Platz gibt es ein Golfhotel, das momentan leer steht und dem Land gehört. Ich möchte, dass dieses Gebäude wieder mit Leben erfüllt wird. Und das gilt für eine ganze Reihe Immobilien, die leer stehen oder funktionslos geworden sind, für unser Land und die Menschen hier aber eine große Bedeutung haben: wie Schloss Reinhardsbrunn, Schloss Friedrichswerth, Schloss Hummelshain, Schloss Crossen oder die Ordensburg Liebstedt. Das sind alles Objekte, bei denen in letzter Zeit etwas passiert ist. Manche Projekte sind schon erfolgreich abgeschlossen, andere sind auf dem Weg. Aber alle befinden sich in einem dringend notwendigen Veränderungsprozess.

Was sind andere Themen, die Ihnen besonders am Herzen liegen?

Ein Riesenthema sind für mich die Arbeitsplätze im Kalibergbau. Das Thema Kali mit seinen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragestellungen geht mir sehr nah. Da bin ich mit viel Energie bei der Sache, um deutlich zu machen: Wir müssen über Kali in allen Varianten reden, in allen Facetten und mit allen Beteiligten. Das beginnt beim Trink- und Flusswasser und geht bis zum Umweltschutz. Es muss aber auch klar sein, dass es um viereinhalbtausend Bergleute und deren Familien geht. Auf der Betriebsräte-Voll-

konferenz bei Kali und Salz hat der jetzt scheidende Vorstandsvorsitzende sich ausdrücklich bei der Thüringer Landesregierung bedankt – für das große Engagement in Sachen Arbeitsplätze und für die Unterstützung bei dem Unterfangen, Ökonomie und Ökologie wieder in Gleichklang zu bringen. Das Gegeneinander muss endlich gewandelt werden in einen produktiven Prozess des Miteinanders. So verstehe ich meine Amtszeit. Es geht mir nicht um den Effekt, ein Band durchzuschneiden und zu sagen: „Hier entstehen soundsoviele Arbeitsplätze.“ Ich habe bisher nur sehr selten Spatenstiche gemacht.

Wie würden Sie Ihren Politikstil beschreiben?

Pragmatisch, bodenständig, verlässlich. Ich bin Ministerpräsident des Landes und für das Land. Und das heißt für mich, die Ressourcen und die Chancen Thüringens zu nutzen, um auf eine längere Distanz einen Mehrwert für alle zu erzeugen. Da geht es weniger darum, Steuergelder irgendwo hineinzupumpen als vielmehr darum, Akteure miteinander ins Gespräch zu bringen.

Gibt es irgendwelche Punkte, die bei Ihren Vorgängern zu lange liegen geblieben sind und bei denen Sie sich mehr Vorarbeit gewünscht hätten?

Da sehe ich eine ganze Reihe von Dingen. Aber am gravierendsten sind wohl die Unterlassungen bei der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform. Da hat sich die CDU komplett verweigert. Dabei ist die Reform seit zehn Jahren in der Vorbereitung. Von der Union wurde sie in der Enquete-Kommission des Landtages, die sie selbst angestoßen hatte, auf den Weg gebracht. Von einer CDU-Kommission wurde ein Experten-Gutachten erstellt, das bereits der vorherigen Landesregierung vorgelegt wurde. Eine Minister-Kommission hatte dazu zahlreiche Vorschläge gemacht. Allerdings ist fast nichts davon umgesetzt worden. Das halte ich wirklich für einen Frevel am Land.

Warum ist die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform so wichtig für Thüringen?

Wir leben in einem Land, in dem die Personalstruktur vor der größten Verrentungswelle im öffentlichen Dienst aller Zeiten steht. Wir brauchen aber leistungsfähigere und effizientere Verwaltungen. Wir werden sonst irgendwann vor dem Problem stehen, nicht mehr über genügend Fachangestellte und -beamte zu verfügen. Wir haben jetzt schon einen gravierenden Mangel beispielsweise im Amtsärzte-Bereich, gleiches deutet sich auf vielen Feldern an: etwa bei den Vollzugsbeamten in den Gefängnissen oder auch den Bauingenieuren. Das eigentliche Problem ist die Generalverweigerung der CDU. Der Vorwurf, dass wir das Projekt falsch angehen, kommt ausgerechnet von denen, die es gar nicht angepackt haben. Das halte ich für absurd. Das liegt aber auch daran, dass uns die Opposition bei allen anderen Themen keine Vorhaltungen machen kann – von der Wirtschaft über die Landwirtschaftspolitik

„Das Gegeneinander muss endlich gewandelt werden in einen produktiven Prozess des Miteinanders. So verstehe ich meine Amtszeit. Es geht mir nicht um den Effekt, ein Band durchzuschneiden und zu sagen: Hier entstehen soundsoviele Arbeitsplätze.“



Politik trifft Wirtschaft: Andy Katz-Mayfield, CEO von Harry's Feintechnik in Eisfeld, Hersteller und Online-Händler für Qualitäts-Rasierer und Rasiersysteme, und Bodo Ramelow.

bis zur Bildungspolitik. Insgesamt haben wir bereits eine Menge von dem geschafft, was wir uns vorgenommen haben. Schon jetzt wurden durch uns mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt als in den ganzen acht Jahren davor. Das zugesagte beitragsfreie Kita-Jahr kommt 2018.

Was sind für Sie die wichtigsten Ziele, die Sie noch in dieser Wahlperiode erreichen wollen?

In dieser Legislaturperiode muss die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform soweit abgeschlossen werden, dass alle Wirkmechanismen der Gemeinde- und Kreisneugliederung vollendet sind. Bei den Bündelungsbehörden werden wir sicher noch etwas nachsynchronisieren müssen. Wir benötigen die jetzigen Behörden, um die neue Gebietskulisse vernünftig zu gestalten. Denn die neuen Institutionen brauchen natürlich einen Ansprechpartner im Landesverwaltungsamt. Die Schrittfolge, die wir jetzt eingehen, heißt: Kreiskarte festlegen, die Vorbereitung der Landratswahlen für 2018 auf den Weg bringen, die erste große Freiwilligkeitsphase der Gemeindegliederung abschließen, die nächste Welle der Gemeindegliederung auf der gesetzlichen Basis vornehmen und damit im Jahr 2018 den Abschluss der Gemeindeneugliederung vollziehen. Und darin eingebettet kommt die Neugliederung der Landesverwaltung.

Wie sind Sie eigentlich von Ihren Ministerpräsidentenkollegen aufgenommen worden?

Der Empfang war durchaus freundlich, ich kann nicht klagen. Die Ministerpräsidenten sitzen im Bundesrat ja auch nicht in erster Linie als Parteivertreter, sondern als Repräsentanten ihres Bundeslandes. Da spielt Ideologie eine erfreulich ge-

ringe Rolle. Wenn es Thüringen nutzt, schmiede ich auch mit dem bayerischen Kollegen Seehofer Bündnisse. Natürlich wird auch hart gestritten, aber immer in der Sache und zumeist mit dem erklärten Willen zum Kompromiss. Ich erinnere mich an Nachtsitzungen als es um die Neuordnung des Länderfinanzausgleiches ging – mit einem guten Ergebnis für Thüringen übrigens – und an die Debatten um die gerechte Verteilung der Flüchtlingskosten, wo alle 16 Länder gemeinsam der Bundesregierung einen höheren Anteil abgetrotzt haben. Föderalismus ist anstrengend, manchmal nervig, aber unverzichtbar für ein gut funktionierendes, demokratisches Gemeinwesen.

Wie sehen Sie als gebürtiger Niedersachse eigentlich die Thüringer? Was macht die Menschen hier aus?

Lassen Sie mich das an einem Beispiel festmachen: Vor 27 Jahren bin ich hierher gekommen und habe die Transformation des Ostens seit der Wende miterlebt. Dabei habe ich beispielsweise in den schlimmsten Brüchen von Betrieben Frauen erlebt, die zu einer Größe aufgelaufen sind, die sie sich selber nie zugetraut hätten und die ihnen auch kein anderer zugetraut hätte. Das war

für mich eine ganz große Erfahrung. In einem Klima, in dem Menschen vor dem Nichts standen, in Zeiten, in denen selbst gestandene Männer nicht mehr weiter wussten, standen Frauen auf und sagten: „Wir wissen zwar auch nicht, was wird, aber wir fangen einfach schon mal an.“ Insofern habe ich sehr mutige Menschen und positive Geschichten erlebt. Da gibt es viele Erfolgsgeschichten. Und das sind für mich die eigentlichen Wendeheldinnen und Wendehelden. Menschen, die nie Helden werden wollten.

Sind sich die Thüringer dieser Stärken Ihrer Meinung nach denn bewusst?

Leider zu selten. Man muss so etwas den Menschen im Freistaat öfter in Erinnerung rufen, glaube ich. Wir belegen in vielen Punkten aktuell Platz Eins im Osten und sind im Mittelfeld des Westens – oder wie ich gerne sage: Wir sind der Westen des Ostens. Wir sind die wichtigste Transformationsdrehscheibe zwischen West und Ost. In Thüringen spielen sich unglaubliche Erfolgsgeschichten ab: 60 Weltmarktführer gibt es mittlerweile im Freistaat. In den wirtschaftlichen Bereichen sind wir ganz vorne, im touristischen haben wir noch Luft nach oben. Aktuell haben wir eine Quote von 6,2 Prozent Arbeitslosigkeit. Auch das hätte ich mir so vor 20 Jahren nicht vorstellen können. Und bis zum Jahresende werden wir das Gesamtvolumen der Arbeitslosigkeit noch einmal reduzieren, wir werden dann – hoffentlich – den Durchschnitt der Bundesrepublik Deutschland unterschreiten. Deshalb brauchen wir jede Hand. Aus dieser Prosperität heraus wird auch das, was an industrieller Veränderung auf uns zukommt, leistbar und gestaltbar.

Wie würden Sie die tägliche Zusammenarbeit mit Ihren Ministern beschreiben?

Entspannt und sachorientiert. Die Arbeit zwischen den drei Koalitionspartnern ist so angelegt, dass wir gut miteinander klarkommen. Ich höre zunehmend, dass sich bei uns mit der Zeit eine Selbstverständlichkeit des gemeinsamen Umgehens entwickelt hat, die in anderen Bundesländern und in anderen Koalitionen eben nicht alltäglich ist. Ich habe noch keinen Tag gehabt, an dem ich nicht gerne in die Staatskanzlei gegangen wäre. Es gab Tage, da lagen dunkle Schatten über unserer Arbeit: der Gewaltausbruch in jener Nacht in der Suhler Erstaufnahmestelle zum Beispiel. Das war eine harte Zeit. Zu wissen, da

sind Bedienstete von Wachfirmen und Polizei in Todesangst geraten. Das hat mich sehr getroffen, deshalb haben wir uns auch sofort gekümmert. Oder der Überfall von Nazis auf die Mai-Kundgebung in Weimar. So etwas berührt mich. Aber auch an solchen Tagen haben wir es immer wieder geschafft, unsere Hausaufgaben zu machen.

In der Anfangszeit von Rot-Rot-Grün gab es viele skeptische Stimmen, die bezweifelt haben, dass die Koalition funktioniert. Sind Sie stolz darauf, dass es bisher so gut läuft?

Mit dem Begriff „Stolz“ tue ich mich schwer. Aber ich freue mich über die Bestätigung, die ich erfahre. Dieses Gefühl, dass wir für das, was wir im Kabinett und der gesamten politischen Arbeit tun, gute Rückmeldungen bekommen. Ich erlebe das ja auch, wenn ich auf Wirtschaftsveranstaltungen in anderen Bundesländern spreche und sehe, wie von außen mit Neugier auf Thüringen geschaut wird. Wie wir es schaffen, auch neue Investoren anzusprechen. Manche Unterstellung – zum Beispiel: wir wären wirtschaftsfeindlich – hat sich als absolut unzutreffend erwiesen. Auch der Vorwurf, dass wir uns davor drückten, die SED-Vergangenheit aufzuarbeiten, ist haltlos. Ganz im Gegenteil: Wir arbeiten intensiv an der Aufarbeitung von DDR-Unrecht, etwa wenn es um das Thema Zwangsadoptionen und die Verbesserung der Lage von Heimkindern geht. Wir haben während der Flüchtlingswelle eine große Solidarität im Land erleben können. Als Hetzparolen gegen Flüchtlinge immer stärker wurden, hat sich beispielsweise die Initiative Mitmenschlichkeit gegründet. Jenseits von politischen Lagern agiert Thüringen in einer Normalität, die dem Land gut tut.

Wie sehen Sie aus heutiger Sicht die politische Lage zu Beginn der Legislaturperiode?

Wir sind angetreten, nachdem die Thüringer CDU niemanden mehr hatte, den sie mit dem Vertrauen der Bevölkerung zum Ministerpräsidenten wählen lassen konnte. Wir haben uns als Dreierkoalition ausprobiert. Das hat uns niemand zugetraut, diese Konstellation mit einem Linken an der Spitze galt in Deutschland bisher immer als undenkbar. Man hat sogar Wetten darauf abgeschlossen, dass wir schon in den ersten 100 Tagen scheitern. 46,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben für uns gestimmt, wir haben eine Stimme Mehrheit im Parlament. Mit dieser einen Stimme haben wir diese Regierungsarbeit gestartet, und wir haben diese eine Stimme noch immer. Aber tatsächlich hat die knappe Mehrheit nur ein einziges Mal eine Rolle gespielt – bei meiner Wahl zum Ministerpräsidenten im zweiten Wahlgang. Danach hat es die Opposition nie wieder geschafft, die 45 „Dagegen-Stimmen“ zu mobilisieren. Deswegen sage ich: In der ersten Hälfte der Amtszeit haben wir es geschafft, alle Vorurteile über uns durch unsere Arbeit zu entkräften. Sie haben sich als das entpuppt, was sie sind: nämlich Vorurteile. Jetzt können die Menschen uns sachlich beurteilen. Dem stellen wir uns gern.



Bodo Ramelow Ministerpräsident

Wenn Sie noch einmal auf die Welt kämen, was für ein Beruf würde Sie reizen?

Ich war in meinem Leben in dieser Frage immer offen, habe mich auf vieles eingelassen und dabei immer ein Stück mehr gelernt. Ich habe unterschiedliche berufliche Entwicklungen durchlaufen. Aber: Meine Affinität zum Beruf des Kochs will ich nicht verschweigen.

Wenn Sie einen Wunsch bei den Thüringern frei hätten: Was würden Sie sich wünschen?

Ich wünsche mir, dass junge Leute das Handwerk als ihren Zukunftsweg entdecken und zum Beispiel Koch werden, eine Ausbildung in der Gastronomie machen oder sich für die Bereiche Pflege und Gesundheit entscheiden.

Und was würden Sie den Thüringern wünschen?

Die Wahrnehmung Thüringens als gemeinsam starkes Land, mit Menschen, die in den vergangenen 27 Jahren große Veränderungen gemeistert haben. Die Kraft darin zu spüren: „Ja, wir können es.“ Das erlebe ich an vielen Stellen im Land. Die Eigenwahrnehmung ist leider nicht immer so. Alle Fakten sprechen für den Thüringer Erfolgsweg. Die Veränderungen der öffentlichen Verwaltung wird man in zehn Jahren als Stärkung wahrnehmen.

150 Millionen Euro
mehr für Schulbauten

120 Millionen Euro
mehr für den Hochwasserschutz

18 Millionen Euro
mehr für Theater und Orchester

Die Frau am Puls sozialer Politik

Für manche Beobachter gehört Heike Werner zu den stilleren Mitgliedern in der rot-rot-grünen Landesregierung. Eine Einschätzung, der Werner entgegenhält, dass der ruhige Dialog oft wirksamer sei als lautstarkes Poltern.

Es sind die kleinen Momente, die Heike Werner an ihrer Arbeit als Sozialministerin besonders schätzt. Augenblicke wie an jenem Tag in einem Plenum über Arbeitslosigkeit: Zwei Frauen aus dem Publikum melden sich zu Wort und erzählen, dass sie durch das Programm „gemeinwohlorientierte Beschäftigung“ in Arbeit gekommen sind – und wie wichtig es für ihr Selbstbild gewesen ist, wieder etwas Sinnvolles zu tun. „In solchen Momenten verspürt man große Demut – aber sie sind gleichzeitig sehr schön“, sagt Werner.

Tatsächlich gehört für die Ministerin das Projekt, mit dem zumindest 1000 der rund 25.000 Langzeitarbeitslosen in Thüringen wieder einer geregelten Tätigkeit nachgehen können, zu einer der wichtigsten Errungenschaften ihrer Amtszeit – und es ist zugleich ein Urthema sozialer Gerechtigkeit. Denn im Prinzip gehe es um Teilhabe am Gesellschaftlichen, um Wege, mit denen Ungerechtigkeit und Ausgrenzung vermieden werden können. So schlagen Langzeitarbeitslosen laut dem aktuellen Thüringenreport mehr Vorurteile entgegen, als etwa geflüchteten Menschen. „Mit der Zeit entstehen Zweifel am Selbstbild, die Menschen werden oft krank oder schotten sich ab.“ Es sei erstaunlich, was passiere, wenn solche Menschen – wie eben im Rahmen der sogenannten gemeinwohlorientierten Arbeit – wieder Verantwortung bekämen. „Im Prinzip geht es auch darum, dass wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Mit positiven Effekten für die Betroffenen aber auch für die Gesellschaft.“

Sein Gegenüber ernst nehmen: Der wichtigste Grundsatz für Werner

Dieses Beispiel sei ein grundlegendes Schema für die Regierungsarbeit von Rot-Rot-Grün: Bei allen Entscheidungen sei es das Wichtigste, sein Gegenüber ernst zu nehmen und mit den Menschen in Dialog zu kommen. „Manchmal ist gar kein Geld nötig, um Probleme zu lösen“, erklärt Werner. In manchen Fällen sei es wichtiger, alle Akteure an einen Tisch zu holen. „Ein Beispiel ist der Runde Tisch für Hebammen, den wir ins Leben gerufen haben. Allein durch die Gespräche war vieles plötzlich leistbar, was vorher unlösbar erschien.“ Zwar koste so ein Vorgehen mehr Zeit als die schnelle Ansage von oben. „Am Ende zahlt es sich aber aus, weil alle die Entscheidungen mittragen. Diese Art der Wertschätzung und des „Ernstnehmens“ ist mir sehr wichtig.“

Lieber sprechen statt poltern

Ärgerlich sind für die Ministerin Vorwürfe, dass sie nicht laut genug für ihre Sache werbe. „An den Stellen, an denen es wichtig ist, äußere ich mich



Die soziale Integration der Menschen gehört nicht nur zu ihrem Verantwortungsbereich, sie liegt ihr am Herzen: Ministerin Heike Werner besucht ein Projekt in Meiningen, das die Bewohnerinnen und Bewohner in die Gestaltung ihres Wohnumfeldes einbezieht.

„Im Prinzip geht es auch darum, dass wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Mit positiven Effekten für die Betroffenen aber auch für die Gesellschaft.“

Heike Werner

schon deutlich – etwa beim Mindestlohn. Aber es ist nicht meine Art, lautstark zu poltern.“ Es sei wichtiger, gemeinsam an Themen zu arbeiten und Lösungen zu finden. „Das funktioniert aber nicht, wenn man andere abblockt oder gar vorführt, auch wenn das für die Medien vielleicht nicht so spannend ist.“ Geduld und die Fähigkeit, auch mal einen Konflikt auszusitzen, gehört für Werner ebenso zum Amt der Ministerin. „Ich musste erst lernen, dass einiges wegen der ministerialen Abläufe sehr lange dauert, auch wenn man sich manchmal schnellere Ergebnisse wünscht. Aber das ist eben Teil der Arbeit.“ Grundsätzlich sei Ministerin aber ein Traumberuf. „Wir haben viele sehr engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Haus. Zu sehen, wie gemeinsam Lösungen erarbeitet werden, ist sehr schön.“ Durch die gute Übergabe durch die frühere Amtsinhaberin Heike Taubert sei auch der Start sehr leichtgefallen.

Auf dem Weg zur sozialen Infrastruktur vieles geschafft

Sich in Geduld zu üben, habe auch die Partei lernen müssen: Parteigenossen und Abgeordnete seien oft ungeduldig und drängten auf Ergebnisse. „Im Kabinett mit der Faust auf den Tisch hauen funktioniert aber nicht. Das ist für die Fraktion manchmal schwierig einzusehen. Die Abgeordneten sind eben sehr stark auf die solide Arbeit der Minister angewiesen, ich kann mich da gut hineinversetzen.“ Ziel sei es deshalb, möglichst viel Transparenz für Prozesse und Zeitpläne weiterzugeben. Auch um zu erklären, warum manches länger dauert. „Ich denke aber, dass wir an unserem grundsätzlichen Ziel, eine soziale Infrastruktur zu formen, an der alle teilhaben können, schon viel geschafft haben und damit etwas zufriedener sein können.“ Kommunikation und den Dialog zu fördern, bleibt auch in der zweiten Hälfte der Legislatur Heike Werners oberstes Ziel. Eines ihrer vielen Vorhaben in der zweiten Hälfte ist eine erneute Anpassung des Sinnesbehindertengesetzes. „Im Bundesvergleich waren die Zahlungen an blinde Menschen in Thüringen sehr gering. Im ersten Anlauf haben wir das Blindengeld angehoben. Im zweiten Anlauf werden wir dafür sorgen, dass auch gehörlose Menschen unterstützt werden.“

Thüringen hat das Einleben leicht gemacht

Im Freistaat und dem neuen Wohnsitz Erfurt anzukommen, sei ihr extrem leichtgefallen, erzählt Werner. „Ich habe hier in kurzer Zeit viele offene Leute kennengelernt. Die Menschen gehen ganz anders miteinander um, als etwa in Sachsen.“ Der Grund sei vermutlich gerade die Kleinteiligkeit des Landes: „Man läuft sich hier oft über den Weg, da muss man konstruktiver miteinander umgehen. Das ist zumindest meine hobbypsychologische Sicht“, sagt sie mit einem Lächeln. Auch das Leben in Erfurt sei reizvoll: „Hier werden zum Glück nicht so früh die Bürgersteige hochgeklappt. Es ist sehr angenehm, abends durch Erfurt zu schlendern oder zu verweilen und einen Wein zu trinken. Menschlich bin ich sehr schnell hier angekommen.“



Heike Werner Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Trotz aller immer mal wieder aufkommenden Meinungsverschiedenheiten – wir sind ja auch nur Menschen! – können wir gut miteinander reden. Der Wunsch zusammen Lösungen zu finden, ist allen gemeinsam. Das gelingt mal stärker und mal weniger, aber niemand wird vorgeführt oder vor den Kopf gestoßen. Das finde ich sehr wichtig.

Sie sind seit Dezember 2014 Sozialministerin. Haben Sie sich Ihr Amt so vorgestellt?

Ministerin zu sein macht mir große Freude. Es ist toll, gemeinsam mit anderen etwas gestalten zu können, das ist wirklich etwas ganz Besonderes. Ich bin sehr glücklich mit meinem Beruf und meinem Ressort.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Das ist eine schwierige Frage, denn wir unterstützen uns bereits sehr. Ich bekomme nicht in allem Recht, aber man wird mit Problemen und Standpunkten nicht allein gelassen, sondern ernst genommen und wertgeschätzt. Ich habe das Gefühl, dass ich unterstützt werde in den Dingen, die mir wichtig sind und dass ich auf offene Ohren stoße, wenn es Probleme gibt. Einen wirklichen Wunsch habe ich nicht.

Tierschutz

Mehr Kontrollen und eine stärkere Veterinärüberwachung

Zur Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung hat das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie eine zentrale Kontrolleinheit zur Veterinärüberwachung im Landesamt für Verbraucherschutz geschaffen. Sie unterstützt die lokalen Veterinär-schutzbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Veterinärbehörden werden gestärkt, um so die Bürgerinnen und Bürger auch vor Irreführung und Täuschung durch Lebensmittel und Erzeugnisse tierischer Herkunft noch besser schützen zu können. Ziel ist es auch, korrekt arbeitende Betriebe vor unlauterem Wettbewerb und vor solchen Unternehmen zu schützen, die sich auf Kosten der Tiere durch schlechte Haltungsbedingungen einen finanziellen Vorteil verschaffen. Zum Schutz freilebender Katzen wurden den Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen Kompetenzen und finanzielle Mittel übertragen und damit eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung des Tierschutzes vor Ort geschaffen.



Gesundheitspolitik

Medizinische Versorgung wird gestärkt

Die medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, macht das Thüringer Sozial- und Gesundheitsministerium zum Schwerpunkt seiner Arbeit: Dazu fördert es die Ansiedlung von Hausärztinnen und Hausärzten in den ländlichen Regionen des Freistaats. Zudem wurde die Förderung ambulanter Hospizdienste ausgeweitet und mehr Ausbildungsplätze für Hebammen geschaffen. Mit dem 7. Thüringer Krankenhausplan (Laufzeit: 2017 bis 2021) soll nicht nur das stationäre medizinische Angebot an die Bedürfnisse einer älter und weniger werdenden Bevölkerung angepasst, sondern auch zukünftig eine hohe Behandlungsqualität und gute Erreichbarkeit der stationären Versorgung

sichergestellt werden. Im neuen Krankenhausplan sieht die Landesregierung eine wichtige Grundlage für die bürgernahe Krankenhausversorgung: Alle Krankenhäuser sollen erhalten bleiben, damit alle Bürgerinnen und Bürger in Thüringen weiterhin kurze Wege ins Krankenhaus haben. Der Plan stellt auch neue Qualitätsanforderungen an die Krankenhäuser. Der Krankenhausplan und die dazugehörige Verordnung sind Resultat eines intensiven Diskussionsprozesses im Krankenhausplanungsausschuss des Landes, an dem die Krankenhäuser, Ärztinnen und Ärzte, Krankenkassen und weitere Akteure beteiligt waren. Mit der Landesgesundheitskonferenz Thüringen hat das Sozialministerium ein Forum geschaffen, in dem sich die Akteure des Gesundheitsbereichs über gesundheitspolitische Ziele und Maßnahmen erstmals verbindlich abstimmen. Im Zentrum stehen dabei die Gesundheitsvorsorge und die Gesundheitsförderung.



Nachteilsausgleich

Landesblindengeld wird weiter schrittweise erhöht

Die Erhöhung des Landesblindengeldes soll fortgesetzt werden. Bis zum Jahr 2018 wird es schrittweise auf 400 Euro pro Monat ansteigen. Taubblinde Menschen erhalten eine zusätzliche Förderung von 100 Euro monatlich. Damit gewährt die Landesregierung Menschen mit Behinderungen einen wichtigen finanziellen Nachteilsausgleich, der ihnen mehr Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet.

Beschäftigungsprogramm

Bessere Jobchancen für Langzeitarbeitslose in Thüringen

Für Menschen ohne Chance auf eine Arbeitsstelle hat das Thüringer Arbeitsministerium ein neuartiges Förderprogramm für gemeinwohlorientierte Beschäftigung aufgelegt, um Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Durch das

Beschäftigungsprogramm eröffnet sich den Langzeiterwerbslosen eine sinnvolle und bezahlte Beschäftigungsperspektive. In Vereinen, sozialen Projekten und in den Kommunen werden bislang nicht erledigte Aufgaben erfüllt. Dadurch profitieren auch die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen. Das Programm kommt langzeitarbeitslosen Menschen in Thüringen zugute, die aufgrund ihres Alters, ihrer gesundheitlichen Einschränkungen oder fehlender aktueller Qualifikationen von Unternehmen kaum Jobangebote erhalten. Im Rahmen des Beschäftigungsprogramms werden bis zum Jahr 2019 mehr als 1.000 Menschen in Vereinen und Initiativen, in Kirchengemeinden und in Einrichtungen der Kommunen arbeiten. Die Initiative wird getragen vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie und der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit. Das Land fördert das Programm mit jährlich 7,5 Millionen Euro, die Bundesarbeitsagentur mit jährlich rund 1,15 Millionen Euro und die Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung des im Rahmen des Programms aufgelegten Modellprojekts „Mehr wert sein – Mehrwert schaffen“ jährlich mit rund 63.000 Euro. Die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse im Zuge der Mehrwert-Projekte laufen über einen Zeitraum von drei Jahren und werden in Höhe des gesetzlichen Mindestlohns vergütet.

Integrationsförderung

Landesprogramm „Arbeit für Thüringen“ hilft Geflüchteten

Das Thüringer Sozialministerium unterstützt die Integration geflüchteter Menschen. Im Rahmen des Landesprogramms „Arbeit für Thüringen“ werden in den Jahren 2016 und 2017 rund 4.600 Personen gefördert. Damit wird den Menschen eine duale Berufsausbildung, eine Einstiegsqualifizierung oder die Aufnahme einer Beschäftigung ermöglicht. Die Bandbreite der Förderung reicht von der Kompetenzfeststellung, der Sprachförderung über die Berufsorientierung bis hin zur Vermittlung von Praktika sowie von Ausbildungsstellen und Arbeitsplätzen. Für die Versorgung traumatisierter geflüchteter Menschen wird der Ausbau psychosozialer Beratungs- und Betreuungsangebote finanziert.



Ausblick

Familien und Menschen mit Behinderung stehen im Mittelpunkt

Als Arbeitsschwerpunkte für die zweite Halbzeit der Wahlperiode hat sich das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie folgendes vorgenommen: „Wir machen die medizinische Versorgung zukunfts-fest. Das Programm zur Ansiedlung von Hausärztinnen und Hausärzten in ländlichen Regionen verbinden wir mit der Förderung barrierefreier Zugänge in die Praxen. Wir stärken die Personalausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wir unterstützen die Hospiz- und Palliativangebote mit einer Koordinierungsstelle und stellen einen Hospiz- und Palliativplan als Grundlage für die Angebotsentwicklung auf. Wir fördern Qualitätsverbesserungen in der stationären medizinischen Versorgung durch die Spezialisierung von Krankenhäusern, regionale Kooperationen und eine bessere Verbindung von stationärer und ambulanter Versorgung. Wir setzen uns ein für eine bessere Pflege mit mehr Personal in Krankenhäusern.“ Familien sollen stärker unterstützt werden, indem die Kommunen beim Ausbau ihrer sozialen Infrastruktur gefördert werden. Das Programm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ enthält kommunale Angebote für das Zusammenleben mit Kindern sowie für die Fürsorge der Familien gegenüber der älteren Generation. Die Bandbreite an Förderung wird alles umfassen, was Familien zum guten Leben benötigen: öffentlicher Nahverkehr, familienfreundliche Arbeitszeiten, Unterstützungsangebote für Ältere, generationsübergreifende Wohnangebote, Betreuungsangebote für Kinder, Beratung für Eltern. Das Pflegeangebot in Thüringen soll durch mehr Fachkräfte gesichert werden. „Die Pflegeausbildung wird im Rahmen der Arbeitsmarktförderung

gestärkt. Die Nachwuchsförderung wollen wir durch die Unterstützung der Tarifpartner bei der Vereinbarung guter Ausbildungskonditionen stärken“, heißt es im Arbeitsprogramm.

Gehörlosengeld wird eingeführt

Weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dazu sollen hauptamtliche kommunale Behindertenbeauftragte gefördert und das „Budget für Arbeit“ umgesetzt werden. „Mit der Einführung eines Gehörlosengeldes tragen wir zum Ausgleich finanzieller Mehrbelastungen bei. Mit dem Investitionsprogramm für die Barrierefreiheit kommunaler Einrichtungen unterstützen wir die Teilhabe von behinderten Menschen am öffentlichen Leben“, heißt es weiter.

Tierschutz unter Kontrolle

Zudem soll der Tierschutz verbessert werden: „Mit einer umfassenden Tierwohlstrategie richten wir die Nutztierhaltung maßgeblich am Wohl der Tiere aus. Ziel ist die flächendeckende artgerechte Haltung sowohl in Bio-Betrieben als auch in der konventionellen Tierzucht. Haltungsweisen und Schlachtverfahren werden ebenso berücksichtigt wie Kontrollstandards, der Einsatz von Antibiotika und die Entwicklung eines auf das Tierwohl ausgerichteten betrieblichen Managements. Für eine bessere Unterbringung herrenloser Tiere fördern wir die bauliche Ertüchtigung von Tierheimen.“

Reformen mit Augenmaß

Neue Lehrerstellen, Tempodrosselung bei der Inklusion und ein klares Bekenntnis zu rot-rot-grünen Grundsätzen charakterisiert die erste Hälfte der Legislaturperiode von Bildungsministerin Dr. Birgit Klaubert*. Die Errungenschaften zur Halbzeit können sich sehen lassen.

Wer Birgit Klaubert gegenüber schon einmal das Wort „Kindertagesstätte“ erwähnt hat weiß, dass sie diesen Begriff vehement ablehnt. Dass die Ministerin stattdessen den Begriff „Kindergarten“ bevorzugt, ist keineswegs eine bloße Vorliebe, sondern Teil viel tiefer gehender Überzeugungen – und ihrer Einstellung zu ihrer täglichen Arbeit. Denn der von Friedrich Fröbel geprägte Ausdruck ist einerseits ein Bekenntnis zur Rolle Thüringens als Zentrum der Reformpädagogik. Doch er beschreibt zugleich metaphorisch einen Ort, an dem die nächsten Generationen heranwachsen wie die Blumen in einem Garten. Sie müssen gehegt und gepflegt werden, um zu gedeihen. Ein Bild, das Birgit Klauberts Vorstellung von Pädagogik recht treffend widerspiegelt.

Durch ihre frühere Arbeit als Lehrerin fühlt sich die Ministerin ihren ehemaligen Kollegen bis heute verbunden. Zwar ist sie inzwischen de facto zur Chefin aller Lehrerinnen und Lehrer aufgestiegen. Trotz der Führungsaufgabe weiß sie, was es bedeutet, vor einer Klasse zu stehen und hat für die Pädagogen immer ein offenes Ohr behalten. Eine Fähigkeit, die sie auch im Umgang mit anderen immer wieder an den Tag legt: Diskussionen erfolgen immer auf Augenhöhe mit den Menschen. Alle Seiten zu Wort kommen zu lassen, deren Standpunkt zu verstehen und ernst zu nehmen, gehört untrennbar zu ihrem Politikstil.

Mehr Lehrer braucht das Land

Und obwohl bei allen Entscheidungen unglaublich viel Personal und eine Vielzahl verschiedenster Akteure zu berücksichtigen sind, können sich die Erfolge von Klauberts Halbzeitbilanz sehen lassen: Etwa, wenn es um die Einstellung neuer Lehrer geht. Seit Beginn der Legislaturperiode wurden pro Jahr 500 junge Lehrer angestellt. Bis 2019 kommen noch einmal 1.550 dazu. Ein unverzichtbarer Schritt, um den Altersdurchschnitt zu senken – weil in den Jahren 2000 bis 2010 fast keine neuen Lehrer an die Schulen kamen. In den meisten Lehrerzimmern ist dieser Mangel deutlich sichtbar. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg: Die Wiedereinführung der Verbeamtung. Denn nur so wird Thüringen auch in der Konkurrenz zu anderen Bundesländern wieder attraktiv.

Die Arbeit des Thüringer Bildungsministeriums hat bereits auf mehreren Ebenen Erfolge gezeigt: So ist Thüringen heute in Sachen Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern bundesweit auf Platz eins. Ein wichtiges Argument für junge Familien, die über eine Zukunft in Thüringen nachdenken. Deutschlandweit einmalig ist auch die klare Linie der Landesregierung bei



„Bildung ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben. Wer über eine gute Bildung verfügt, dem stehen viele Türen offen.“

Dr. Birgit Klaubert

Flüchtlingskindern. Die erfolgreiche schulische Integration erfolgt ab dem ersten Tag, so bleibt weniger Raum für Abschottung und Ausgrenzung. Und obwohl die Öffentlichkeit die Reformen bei den Klassenfahrten zunächst als ein Mehr an Bürokratie wahrnahm, wurde auch hier ein längst überfälliger Schritt getan: Lehrer bekommen nun ihre Reisekosten vom Land finanziert. Was in jedem Unternehmen selbstverständlich ist, war in Thüringen lange Zeit nicht möglich. Bis 2012 war es Usus, die Lehrer auf den Verzicht der Reisekosten zu drängen – obwohl die Fahrten mit den Schülern für die Pädagogen 24 Stunden Verantwortung bedeuten.

Inklusion mit Augenmaß

Wenige Themen in der Schullandschaft werden in Thüringen so emotional diskutiert wie die Inklusion. Nachdem die Umsetzung von der Vorgängerregierung mit viel Engagement vorangetrieben wurde, bekommen die Schulen nun bewusst Zeit zum Durchatmen. In Zukunft soll die Qualität stärker in den Fokus genommen werden. Das verringerte Tempo soll auch genutzt werden, um den Eltern die noch immer verbreiteten Ängste und Vorurteile zu nehmen, Bedenken auszuloten und verstärkt in einen Dialog einzutreten. Anstatt radikale Reformen durchzusetzen, will Klaubert an den Rahmenbedingungen arbeiten, etwa um bessere Arbeitsbedingungen für die Pädagogen zu erreichen. Ein Wunsch, der auch von Lehrern immer wieder an sie herangetragen wurde.

Eine weitere Herzensangelegenheit für Klaubert ist der Bereich Sport. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Zukunft von Oberhof als international bekanntes Wintersportzentrum. Obwohl Erstbewerber bei einer Biathlon-WM in der Regel nicht zum Zuge kommen, ließ es sich die Ministerin nicht nehmen, nach Moldawien zu reisen, um dort für Thüringen zu werben. Gleichzeitig gilt es aber, angesichts der Klimaveränderung neue Perspektiven für Oberhof zu entwickeln. Hier kommt der Ministerin die langjährige Erfahrung in der Thüringer Politik zugute: Weil sie so viele verschiedene Akteure im Land kennt und mit den Menschen gut ins Gespräch kommt, fällt es ihr leicht, Partner zusammenzubringen und Projekte voranzutreiben.

Als schwierig hat sich hingegen die Reform der Grundschulhorte erwiesen. Nachdem sich die Landräte gegen eine Verlängerung des Modellprojekts über 2016 hinaus stemmten, blieb dem Ministerium nur sehr wenig Zeit, ein geordnetes Ende gut vorzubereiten. Wäre das Modell einfach ausgelaufen, hätten die Horterzieher 50 Prozent ihrer gewonnenen Berufserfahrung nicht anerkannt bekommen. Mit einem Kraftakt gelang es Klaubert und ihrem Team, die Entwicklung in geordnete Bahnen zu lenken.

In guten Zeiten für die Zukunft planen

Ein wichtiges Instrument, auch in der Landespolitik die Bodenhaftung nicht zu verlieren, ist ihr Engagement in der Kommunalpolitik. Bis heute hat



Dr. Birgit Klaubert
Ministerin für Bildung, Jugend und Sport

Birgit Klaubert ihren Sitz im Altenburger Stadtrat behalten. Eine bewusste Entscheidung – denn als Stadtrat gehören Themen zum Alltag, die in einem Ministerbüro nicht unbedingt auf den Tisch kommen. Und wenngleich Klaubert in einigen Bereichen etwas Ruhe einkehren lässt, werden die wichtigen Zukunftsaufgaben angepackt: Um dem Geburtenknick zu begegnen, müssen vor allem für kleine Schulen auf dem Land tragfähige Lösungen gefunden werden. Damit die kleineren Gemeinden nicht in großem Maß Schulen schließen müssen, wird bereits mit Hochdruck an neuen Organisationsmodellen gearbeitet. Denn obwohl die Zeit drängt, will Klaubert die möglichen Ansätze so breit wie möglich diskutieren. Dass etwas geschehen muss, steht für sie jedoch außer Frage. Phasen guter wirtschaftlicher Entwicklung müssen genutzt werden, um Reformen ohne Einspardruck vorzunehmen – damit Thüringen auch für schwierigere Zeiten gerüstet ist.

„Als Bildungsministerin trage ich Verantwortung dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen in Thüringen eine gute Bildung bekommen. Dabei geht es oft um das Bohren dicker Bretter.“

Dr. Birgit Klaubert

*Seit Jahresbeginn ist Birgit Klaubert erkrankt. Die Halbzeitbilanz wurde im Gespräch mit Kollegen und Mitarbeitern erstellt. Wir wünschen Frau Klaubert auf diesem Weg eine gute Genesung!

Qualifizierung

Neues Angebot: Bildungsfreistellung in Thüringen eingeführt

Die Landesregierung hat mit dem Bildungsfreistellungsgesetz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit geschaffen, fünf Tage im Jahr für Bildungsangebote zu nutzen. Das Angebot besteht zusätzlich zum regulären Urlaub und bei Fortzahlung der normalen Bezüge. Inzwischen haben die Thüringerinnen und Thüringer die Auswahl aus über 1.000 Bildungsveranstaltungen. Bildungsfreistellungen bieten die Möglichkeit, sich in gesellschaftlichen Themen fortzubilden, sich mit Fragen der Arbeitswelt auseinanderzusetzen und ehrenamtsbezogene Bildungsangebote zu nutzen. Vor allem durch freie Träger und Gewerkschaften, aus der Wirtschaft, von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Hochschulen werden Anträge auf Anerkennung von Bildungsmaßnahmen gestellt. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 2016 nahmen bereits mehr als 600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das neue Bildungsfreistellungsangebot in Anspruch. Alle weiteren Informationen finden Sie im Internet unter: www.bildungsfreistellung.de



Neueinstellungen

Mehr als 500 Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr zusätzlich

Seit Beginn der Legislaturperiode hat das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport jährlich 500 neue Lehrerinnen und Lehrer unbefristet eingestellt. Das sind deutlich mehr Neueinstellungen von Lehrern als bei allen Vorgängerregierungen. Damit geht die Thüringer Landesregierung das Problem des Unterrichtsausfalls in Schulen an. So wird der Altersdurchschnitt der Lehrerinnen und Lehrer deutlich gesenkt – wohlwissend, dass dies ein langfristiger Prozess sein wird. Zusätzlich wurde für die Schulen in Thüringen eine Vertretungsreserve mit rund 100 Stellen aufgebaut, um dem Unterrichtsausfall entgegenzuwirken. Es sind weitere befris-

tete Stellen für 200 Lehrerinnen und Lehrer für „Deutsch als Zweitsprache“ geschaffen worden, um die Kinder und Jugendlichen, die als Flüchtlinge nach Thüringen gekommen sind, in den Schulalltag zu integrieren. Über 90 Prozent der Thüringer Schülerinnen und Schüler mit Deutsch-Förderbedarf erhalten bereits regulären Sprachförderunterricht. Indem die „Deutsch als Zweitsprache“-Lehrkräfte nun auch dauerhaft im Schuldienst gehalten werden, wird der Deutschunterricht weiter gestärkt – damit jedes Kind in Thüringen die erforderliche Förderung bekommt.

Planungssicherheit

Schulen in freier Trägerschaft auskömmlich finanziert

Die Schulen in freier Trägerschaft leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Bildungssystem in Thüringen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2015 hat die Thüringer Landesregierung dies erneut unterstrichen. Die Aufwendungen für die freien Schulen in Thüringen wurden deutlich gesteigert.

Bis zum Jahr 2018 werden sich die Ausgaben für die Schulen in freier Trägerschaft weiter auf über 180 Millionen Euro jährlich erhöhen. Damit bekommen die freien Schulen nicht nur Planungssicherheit, es entsteht zugleich mehr Transparenz bei der Berechnung der Finanzhilfe. Das Gesetz hat neben dem neu eingeführten Festbetragsmodell auch zu einem weiteren Abbau der Bürokratie geführt.

Handlungsstrategie

Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit

Als Konsequenz aus den Ergebnissen des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Thüringer Landtags hatten sich die rot-rot-grünen Regierungspartner in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die inhaltliche Ausrichtung des Programms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit weiterzuentwickeln. Besonders großes Augenmerk wurde dabei auf eine möglichst vielfältige Beteiligung im Überarbeitungsprozess gelegt. Das neu gefasste Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit unterstützt wie bisher die vielen zivilgesellschaftlich Engagierten, beschreibt nun aber auch die Felder notwendigen staatlichen Handelns und führt beide Ebenen in einer Gesamtstrategie zusammen. Die neue inhaltliche Schwerpunktsetzung liegt auf einer Strategie gegen gruppenbezogene Men-

schenfeindlichkeit und will den damit verbundenen Vorstellungen von ungleicher Wertigkeit von Menschen etwas entgegensetzen. Neben einem interministeriellen Arbeitskreis beschäftigte sich eine breit aufgestellte zivilgesellschaftliche Arbeitsgruppe aus Vertretern unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, von Bürgerbündnissen und Verbänden sowie Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und der Thüringer Wirtschaft mit dem Programm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.



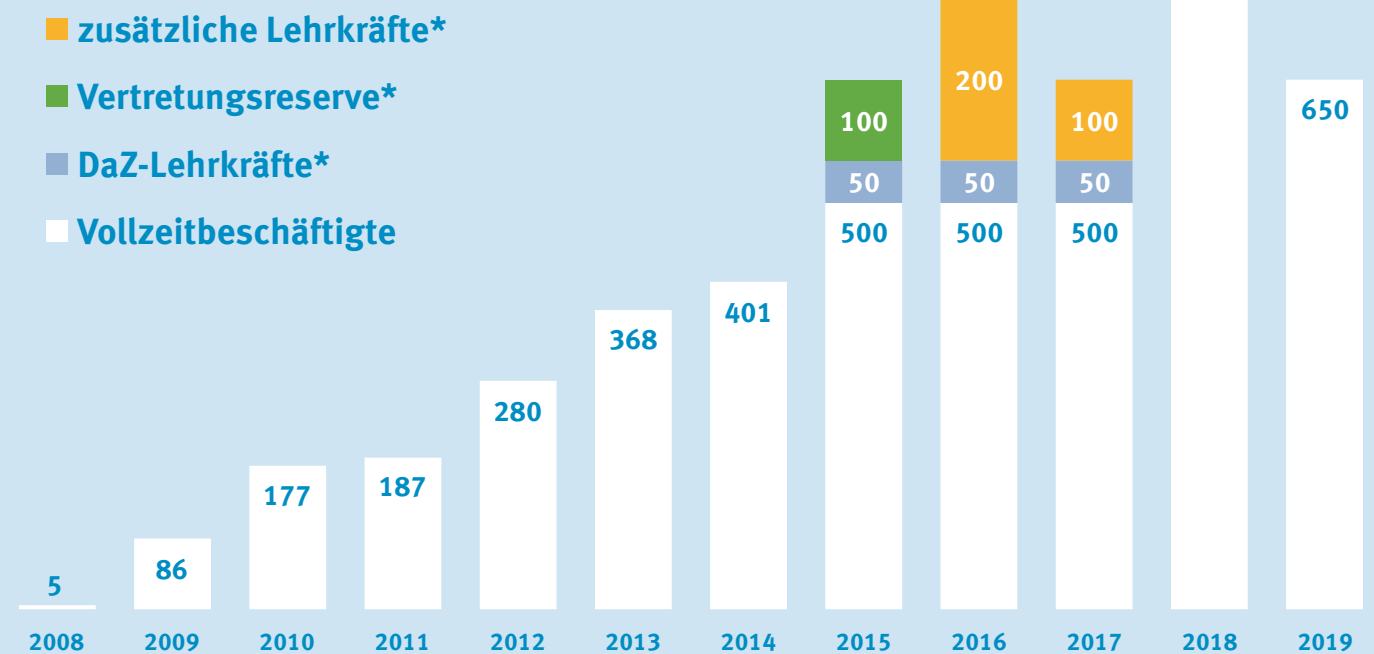
Ganztagsangebot

Einheit von Schule und Grundschulhort hergestellt

Seit August 2016 sind alle Thüringer Grundschulhorte wieder in Trägerschaft des Landes. Die Hortbetreuung konnte mit hoher personeller Kontinuität fortgeführt werden. Fast alle der zuvor bei den Kommunen nur befristet beschäftigten Horterzieherinnen und Horterzieher haben sich für eine unbefristete Stelle beim Freistaat Thüringen entschieden. Die Einheit von Schule und Hort – personell und pädagogisch – ist damit wiederhergestellt. Mit dem Personalentwicklungskonzept stärken wir die Horte weiter: 2017 haben wir eine Vertretungsreserve eingeführt, 2018 schaffen wir 150 zusätzliche Stellen, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Außerdem erhöhen wir die Beschäftigungsumfänge: Alle Erzieherinnen und Erzieher mit halben Stellen erhalten das Angebot, auf 60-Prozent-Stellen aufzustocken. Das ist ein erheblicher Schritt zur Herstellung guter Arbeitsbedingungen. Hohe Betreuungsqualität sorgt auch für hohe Nachfrage: 85 Prozent aller Kinder im Grundschulalter nutzen das Thüringer Hortangebot.



Neueinstellungen Lehrerinnen und Lehrer



Neueinstellungen in Thüringen in Vollzeitstellen; KMK: Schulstatistik, Einstellung von Lehrkräften, Stand: 09.03.2017 und TMBJS
* Befristete Einstellungen; DaZ = Deutsch als Zweitsprache

Ausblick

Mit Bildung junge Menschen fit machen

Nach jeweils 500 Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern in den Jahren 2015 bis 2017 sollen 2018 rund 900 Stellen neu besetzt werden. 2019 kommen weitere 650 Einstellungen hinzu – und damit deutlich mehr als geplant. Dadurch kann auch in den beiden zuletzt genannten Jahren rund 300 befristet in den Schuldienst eingestellten Lehrkräften eine Entfristung angeboten werden. Die Vertretungsreserve wird fortgeführt – angesichts einer hohen Krankheitsquote ein unverzichtbares Instrument zur Unterrichtsabsicherung.

Um die geplanten Neueinstellungen durchführen zu können, hat die Landesregierung die Wiedereinführung der Verbeamtung beschlossen. Sie wird mit Beginn des Schuljahres 2017/18 umgesetzt. Daneben sollen weitere Maßnahmen erfolgen, um Lehramtsanwärtern attraktive Beschäftigungsbedingungen anzubieten: wie die Erweiterung der Studienberatung, die Verbesserung der Attraktivität des Lehramtsstudiums für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer (MINT) und die Schaffung der Voraussetzungen für die Einstellung von Quereinsteigern.

Zur Stärkung der Grundschulhorte sollen 2018 mehr als 150 Vollzeitstellen für zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher sowie den Ausbau des Stellenumfangs geschaffen werden. Damit soll eine Entlastung erreicht werden – und mehr Flexibilität für angespannte Betreuungszeiten. Bereits 2017 wird erstmals eine Vertretungsreserve im Umfang von 50 Stellen für erkrankte Erzieherinnen und Erzieher geschaffen, 2018 kommen weitere 25 hinzu.

Sprachförderung für Flüchtlingskinder flächendeckend

Über 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Deutsch-Förderbedarf erhalten bereits regulären Sprachförderunterricht. Die flächendeckende Sprachförderung für Flüchtlingskinder soll weiter gestärkt werden. Dafür erhalten die derzeit befristet angestellten Lehrkräfte für „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ) eine unbefristete Beschäftigungsperspektive. Neben rund 900 Lehrerinnen und Lehrern mit einer Lehrbefähigung in DaZ sind aktuell 135 DaZ-Lehrkräfte nur befristet beschäftigt. Sie waren ab Sommer 2015 eingestellt worden, als Thüringen das integrative System der Sprachvermittlung flächendeckend eingeführt hat. Mehr als 95 Prozent dieser Lehrkräfte sollen jetzt ein unbefristetes Stellenangebot erhalten.

Einführung des beitragsfreien Kitajahres

Mit der Einführung des beitragsfreien Kitajahres sollen Familien in Thüringen deutlich entlastet werden. Damit sparen Eltern pro Kind durchschnittlich 1.440 Euro jährlich. 18.000 Kinder und ihre Familien werden in ganz Thüringen davon profitieren. Darüber hinaus sollen Kitas mit vielen Kindern zusätzliche Kapazitäten für Leitungsaufgaben bekommen. Bisher war bei einer vollen Leitungsstelle Schluss. Künftig könnten es bis zu 1,5 Stellen werden. Zusätzliche drei Millionen Euro werden dafür investiert. Das bedeutet mehr Zeit für Elterngespräche, Familienbegleitung und pädagogische Konzeption.

„Wenig Geld macht Sorgen, viel Geld aber manchmal auch“

Finanzministerin Heike Taubert blickt auf eine lange politische Karriere zurück, zuletzt führte sie im Kabinett Lieberknecht das Sozialministerium. Jetzt muss sie auf eine gerechte Verteilung der Mittel achten, damit die gesamte Regierung Erfolg hat.

Drei diskussionsfreudige Koalitionspartner, zwei davon zum ersten Mal in Regierungsverantwortung und gleich zum Anfang drei Jahre Haushaltsplanung: Für die damals frischgebackene Finanzministerin Heike Taubert war der Startschuss für Rot-Rot-Grün denkbar spannend. „Gleich zu Beginn drei Haushalte zu verabschieden war sicher anspruchsvoll, aber wir haben gemeinsam Lösungen gesucht – und gefunden.“ Sehr emotional seien die Verhandlungen mitunter verlaufen, weil jedes Ministerium in der neuen Regierung befürchtet hatte, zu kurz zu kommen. Letztlich sei das Ergebnis aber für jeden Partner akzeptabel gewesen. „Es ist diese politische Vernunft, die die aktuelle Koalition auszeichnet – worüber sich die CDU ärgert, die uns das nicht zugetraut hatte“, erinnert sich die Ministerin.

Schuldentilgung steht im Vordergrund

Tatsächlich gibt es zur Halbzeit einiges vorzuweisen: „Ich denke, wir können durchaus stolz sein. Wir haben seit drei Jahren ohne Unterbrechung Schulden getilgt, die Wirtschaftslage ist gut.“ Unter anderem sei in Sachen Breitband, der Flüchtlingsbetreuung, der Finanzierung von Freien Schulen und der Stärkung der Polizei einiges geschehen im Land. Bereits seit Januar 2017 laufen nun die Gespräche für den Doppelhaushalt 2018/2019, im September soll der Entwurf die ersten Hürden nehmen.

Auch dieses Mal das oberste Ziel für Taubert: Zwei weitere Jahre ohne Neuverschuldung auskommen. Ein Grundsatz, der angesichts sprudelnder Steuereinnahmen und entsprechender Begehrlichkeiten der anderen Ministerien nicht immer einfach einzuhalten ist. „Wenig Geld ist schlimm, viel Geld aber manchmal auch“, fasst Taubert augenzwinkernd zusammen. Das Zusammenspiel von Tilgen und Investieren sei die große Herausforderung dieser Wahlperiode. In jedem einzelnen Fall müsse die Finanzministerin abwägen, ob etwas notwendig sei oder ob die Ansprüche eines anderen Ressorts nicht Vorrang haben sollten. Für die Ministerin eine immerwährende Suche nach dem besten Kompromiss. „Die Landesregierung ist wie ein Haus, in dem neun Familien leben: Jede muss zwar auf den eigenen Haushalt schauen, aber sie muss den anderen auch etwas gönnen, sonst funktioniert es nicht.“

Dompteurin im Löwengehege

Dabei ist der Wechsel Tauberts aus dem Sozialministerium ins Finanzressort anfangs durchaus ungewohnt gewesen: Nach fünf Jahren mit dem



Heike Taubert empfängt das niederländische Königspaar Máxima und Willem-Alexander Anfang Februar auf der Wartburg.

„Die Landesregierung ist wie ein Haus, in dem neun Familien leben: Jede muss zwar auf den eigenen Haushalt schauen, aber sie muss den anderen auch etwas gönnen, sonst funktioniert es nicht.“

Heike Taubert

Schwerpunkt Familie, Gesundheit und Soziales war ihr ehemaliges Ressort nun nur eines von neun Ministerien, die alle gleichberechtigt ihre Forderungen stellten. Das sei anfangs nicht einfach gewesen, letztlich gehöre es aber zum Amt, die eigenen Perspektiven und Interessen hinten anzustellen. „Am spannendsten ist das Finanzministerium vor allem, weil man die Draufsicht erhält und sieht, wie Ministerien untereinander agieren und wo sie streiten. Da fühlt man sich manchmal schon ein bisschen wie die Dompteurin im Löwengehege“, sagt die Ministerin. „Aber in dem Sinne, dass man auch die Verantwortung hat, dass es einem selbst und den anderen gut geht, ist an diesem Bild durchaus etwas dran.“

Die Pläne für die kommenden zwei Jahre sind entsprechend anspruchsvoll. „Ganz oben steht natürlich die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform, die wir noch in dieser Legislatur abschließen wollen.“ Für Taubert eine unbedingt notwendige Entscheidung: „Wer eine qualitativ hochwertige Verwaltung sicherstellen will, muss sich dieser Verantwortung stellen.“ Zahlreiche weitere Aufgaben wollen angepackt werden: „Politisch werden die Straßenausbaubeiträge wohl zu einem der schwierigsten Themen gehören“, sagt Taubert. Sie weiß, wovon sie spricht. Denn gleich, ob als Stadtkämmerin, auf Kreisebene oder als Abgeordnete: Seit 27 Jahren begleitet dieses Thema die Ministerin, sie kennt die vielen unterschiedlichen Perspektiven. „Am Ende müssen die Beiträge durch die Kommunen erhoben werden – aber eben verträglich für jeden. Dieses Problem zu lösen, wird eine große Herausforderung sein.“

Einigkeit der ostdeutschen Bundesländer ist wichtig

Auch andere in der breiten Öffentlichkeit weniger wahrgenommene Themen seien für die Entwicklung Thüringens wichtig: Etwa das Personalentwicklungskonzept 2025. „Die Einhaltung fordert viel Disziplin von der Politik. Wir legen jetzt den Grundstein für ein Konzept, das in den kommenden Jahren konsequent fortgeführt werden muss.“ Ebenfalls in den Vordergrund werde das Thema E-Government rücken, um eine gemeinsame elektronische Plattform für alle Behörden des Landes zu schaffen.

Wichtig ist Taubert aber auch der Blick über Thüringen hinaus: „Die ostdeutschen Bundesländer sollten sich in Zukunft wieder deutlich stärker auf ihre Gemeinsamkeiten besinnen“, sagt die Ministerin. „Gemeinsam sind wir so groß wie Nordrhein-Westfalen, aber nur zusammen sind wir sichtbar und stark. Das sollten wir unbedingt weiter ausbauen.“



Heike Taubert Finanzministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Ich denke, am stärksten kennzeichnet diese Regierung die Streitkultur auf einem hohen Niveau. Wir haben drei sehr diskussionsfreudige Koalitionspartner und jeder kämpft für seine Sache – es ist aber immer eine produktive Auseinandersetzung.

Wenn Sie nicht Finanzministerin wären, welcher andere Beruf würde Sie reizen und warum?

Der Reiz liegt für mich im Sinn einer Arbeit. Also etwas gemeinsam mit anderen und für andere auf die Beine zu stellen; ob nun als Ingenieurin, in Verantwortung für meinen Kreis oder als Sozial- oder Finanzministerin. Im Übrigen: Sinn- und reizvoll ist es, die Informationstechnologie im Thüringer Finanzministerium zu koordinieren. Der staatliche Hochbau täte aus meiner Sicht auch gut daran.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Mein einziger Wunsch wäre, dass der Ministerpräsident weiterhin an seinem bisherigen Ehrgeiz festhält, keine Schulden zu machen und weiter so solidarisch mit seiner Finanzministerin ist. Es ist extrem hilfreich, wenn die obersten Ziele des Finanzministeriums auch die des Regierungschefs sind.

Landeshaushalt

Solide Finanzen als Grundlage moderner Politik

Trotz großer gesellschaftlicher Herausforderungen ist es Thüringens Finanzministerin Heike Taubert in den Jahren 2015, 2016 und 2017 gelungen, ausgeglichene Haushalte ohne neue Schulden vorzulegen. Darüber hinaus wurden die Kommunen durch ein 50-Millionen-Euro-Programm des Finanzministeriums entlastet und die soziale Betreuung weiter verbessert. Wichtige Aufgaben und Herausforderungen – wie die Stärkung der Polizei, die Verbesserung der Finanzierung der freien Schulen, die Reform der Hortbetreuung, die gewachsenen Aufgaben der Flüchtlingsbegleitung – wurden so gemeistert. Hinzu kommen die Neueinstellungen von jährlich 500 neuen Lehrerinnen und Lehrern und das Großprojekt Funktional-, Gebiets- und Verwaltungsreform, das durch das Finanzministerium mit 155 Millionen Euro finanziell abgesichert wird. Ebenso wird eine stabile Rücklage als Vorsorge für Konjunkturrisiken und Steuerausfälle aufgebaut. Es bleibt das Ziel: Erstmals in der jüngeren Thüringer Geschichte eine komplette Legislaturperiode ohne Aufnahme neuer Schulden zu absolvieren und trotzdem wichtige Zukunftsinvestitionen vorzunehmen.



Finanzausgleich

Ländersolidarität und Herstellung der inneren Einheit

Über 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung geht es immer noch um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land. Für die Thüringer Finanzministerin Heike Taubert ist das eine Frage der Gerechtigkeit. Bei den Verhandlungen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die fachlich von der Finanzministerin begleitet wurden, setzte sie sich vehement für eine gerechte Verteilung des Steueraufkommens in Deutschland ein.

Mit Erfolg: Durch den Einsatz der Thüringer Finanzministerin konnte verhindert werden, dass Thüringen ab 2020 mehrere hundert Millionen Euro jährlich fehlen. Gleichzeitig setzt sie sich nach wie vor dafür ein, dass Thüringen in Zukunft von ungerechten Lasten aus der DDR-Zeit verschont wird: Neben der Rentenversicherung gab es in der DDR Zusatz- und Sonderversorgungssysteme als zusätzliche soziale Sicherungselemente für bestimmte Personengruppen. Diese Lasten sollten vollständig vom Bund übernommen werden, da sie in der Verantwortung des Bundes liegen.



Kommunikationstechnik

Transparenz und Kontrolle bei Informationstechnik

Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wurde in Thüringen erstmals ein neuer Haushaltsplan für die Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) eingeführt. Investitionen und sonstige Ausgaben in diesem Bereich werden dadurch gebündelt und zentral im dafür zuständigen Thüringer Finanzministerium verwaltet. Damit wird die Beschaffung von Hard- und Software sowie von anderen IT-Dienstleistungen vereinheitlicht. Die bisher von den einzelnen Ministerien verwalteten Mittel können so noch effizienter eingesetzt werden. Zudem bildet die zentrale Bewirtschaftung und Beschaffung die Grundlage für eine Standardisierung der IT-Infrastrukturen in Thüringen. Einheitliche Standards sind Voraussetzung für die Digitalisierung und anstehende Projekte in den Bereichen E-Government und elektronischer Akte.

E-Government

Mit innovativen Verfahren in den Startlöchern

Mit der Novellierung der Strategie für E-Government und Informationstechnik (IT) werden die Basisdienste für E-Government in Thüringen zentral

bereitgestellt sowie die IT-Landschaft mit ihren Aufgaben vereinheitlicht und damit gestärkt. Mit der E-Vergabeplattform wurde eine zukunftsweisende Form für elektronische Vergabeverfahren geschaffen. Die neue Vergabeplattform können auch die Thüringer Kommunen nutzen, der Freistaat trägt die Kosten dafür. Das Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen (ThAVEL) soll zum zentralen E-Government-Portal für alle Bürgerinnen und Bürger Thüringens, aber auch für die Unternehmen im Freistaat entwickelt werden. Die ersten neuen Dienste, wie zum Beispiel die internetbasierte Kfz-Zulassung „iKfz“, stehen in den Startlöchern und werden in Kürze allen Thüringerinnen und Thüringer zur Verfügung stehen. Weitere Dienstleistungen wie beispielsweise ein elektronisches Bezahlfahrer (E-Payment) für Verwaltungsgebühren sowie ein elektronisches Identifizierungsverfahren (eID) sind geplant und werden bald folgen.

Nachhaltigkeitsmodell

Finanzielle Vorsorge für Pensionszahlungen in Thüringen

In Zeiten dauerhafter Niedrigzinsen sind Pensionsfonds nach herkömmlichem Muster nicht die adäquate Lösung zur Abfederung der zu erwartenden Pensionen. Deshalb hat das Finanzministerium das Thüringer Nachhaltigkeitsmodell entwickelt. Durch das Nachhaltigkeitsmodell sollen künftig mehr finanzielle Freiräume durch die Tilgung von Schulden ermöglicht werden. Es sieht vor, künftig für jede neue Beamtin und jeden neuen Beamten einen jährlichen Betrag für die Tilgung von Schulden einzusetzen. Der Vorteil des Thüringer Nachhaltigkeitsmodells ist, dass durch die Tilgung von Landesschulden sofort ein Entlastungseffekt für den Landeshaushalt in Form von Zinseinsparungen eintritt. Mit dem Veranschlagen der Tilgungsbeträge für die Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter werden die Personalausgaben der beiden Statusgruppen „Tarifbeschäftigte“ und „Beamte“ vergleichbar. So werden beispielsweise für neu einzustellende Lehrerinnen und Lehrer Verbeamtungen wieder möglich. Der Schulstandort Thüringen wird für junge Pädagoginnen und Pädagogen somit wieder deutlich attraktiver.



Wichtige Ausgabebereiche für das Jahr 2017 im Überblick



Der Thüringer Landeshaushalt hat ein Volumen von 10.083.328.500 Euro.

Ausblick

Erste Legislaturperiode ohne neue Schulden – das ist das Ziel

Wichtigstes Vorhaben im Finanzministerium ist derzeit die Aufstellung des Doppelhaushalts 2018/2019. Dazu hat sich die Landesregierung bereits auf die Eckwerte verständigt. Mit dem Kabinettsbeschluss wurde der politische Wille für eine Wahlperiode ohne neue Schulden und damit die erste vollständig schuldenfreie Legislaturperiode in Thüringen seit 1990 festgeschrieben. Mit dem ebenfalls beschlossenen Nachhaltigkeitsmodell gelingt der Einstieg in eine Schuldentilgung mit jährlich ansteigenden Beträgen und eine langfristig angelegte Pensionsvorsorge.

Gleichzeitig können im Rahmen des Zukunftsinvestitionsprogramms wichtige Investitionen im Umfang von 275 Millionen Euro für Thüringen finanziert werden: Sie reichen von der Einführung des beitragsfreien Kita-Jahres, zusätzlichen Mitteln für Schulinvestitionen, Hochschulfinanzierung, Digitalisierung bis hin zur Sanierung ökologischer Altlasten, der Stärkung des ÖPNV sowie dem neuen Azubi-Ticket. 155 Millionen Euro werden für freiwillige Gemeindefinanzierungsmaßnahmen bereitgestellt, 90 Millionen Euro hat das Kabinett für flankierende Maßnahmen im Zuge der Kreisgebietsreform vorgesehen. Darüber hinaus wird in den Jahren 2017 und 2018 ein kommunales Investitionspaket in Höhe von jährlich 50 Millionen Euro aufgelegt.

Bundesweiter IT-Fachkongress 2018 in Thüringen

Im Herbst 2018 werden sich Vertreterinnen und Vertreter aus allen Verwaltungen der Bundesländer und des Bundes zum nationalen IT-Fachkongress

in Thüringen treffen. Dieser wird vom Finanzministerium als zuständigem Ressort für E-Government und IT ausgerichtet. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen gelegt werden. Mit ThAVEL (Thüringer Antragssystem für Verwaltungsdienstleistungen) stellt die Landesregierung den Kommunen ein leistungsfähiges Programm zur Verfügung, mit dem Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Verwaltung kommunizieren und Anträge elektronisch abwickeln können. Im Zuge dessen wird der Freistaat den Kommunen auch die Nutzung des elektronischen Personalausweises zur Verfügung stellen und eine elektronische Bezahlfunktion einrichten.

2018: Startschuss für neue innovative elektronische Akte in Thüringen

In fünf Jahren wird Thüringen vollständig elektronisch arbeiten. Ein einheitliches elektronisches Aktensystem wird ab 2018 den bestehenden Flickenteppich aus unterschiedlichen und zum Teil bereits veralteten Systemen der Aktenführung ersetzen. Damit nimmt die Landesregierung unter Federführung des Finanzministeriums ein über die Legislaturperiode hinausreichendes Projekt in Angriff. Die in der Verwaltung verarbeiteten Daten der Thüringer Unternehmen, der Bürgerinnen und Bürger werden dabei unter höchsten Sicherheitsstandards im Landesrechnungszentrum zentral verwaltet. So wird Thüringen auch weiterhin in den Bereichen Datenschutz und IT-Sicherheit Standards unter den deutschen Bundesländern setzen.

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft

Mit Bodenhaftung und Weitblick

Ihre Vorgeschichte als Landrätin sieht Birgit Keller als großen Bonus für die Arbeit als Ministerin: Die Bedeutung des Amts für die Menschen hat sie dadurch nie aus dem Blick verloren.

Den direkten Kontakt zu den Menschen halten: Für Birgit Keller gehört dieses Prinzip zweifellos zu den wichtigsten Grundpfeilern ihrer Arbeit als Ministerin. Besonders in ihrer Heimat Nordhausen wird die frühere Landrätin regelmäßig auf die Arbeit der Landesregierung angesprochen – gerne auch mal während des Wochenendeinkaufs. „Ich bin in meiner Heimat fest verwurzelt, ich finde es sehr wichtig, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen. Dadurch bleibe ich ziemlich gut geerdet.“ Letztlich komme alles, was in der Landesregierung beschlossen werde, früher oder später bei den Menschen an. „Diese Bodenhaftung gehört zu den wichtigsten Dingen, die ich nach Erfurt mitgenommen habe.“

Dabei waren die Anforderungen an die neue Ministerin von Beginn der Legislaturperiode an beachtlich, immerhin wurden mit den Sparten Landwirtschaft und Infrastruktur gleich zwei große Bereiche unter einem Dach zusammengeführt. „Diesen Übergang zu gestalten und gleichzeitig die Arbeitsaufträge umzusetzen, die wir uns gesetzt hatten, war schon eine enorme Herausforderung.“ Zudem erlebte die Landwirtschaft ausgerechnet in dieser Zeit durch den Verfall der Milchpreise eines der größten Krisenjahre. „Ich kämpfe um jede Kuh – das war von Anfang an mein Motto“, erinnert sich Keller. Trotz der intensiven Zusammenarbeit mit den Verbänden hat dieser Einschnitt deutliche Spuren im Freistaat hinterlassen: „Gerade weil wir in diesem Bereich nicht zu den großen Bundesländern gehören, brauchen wir jedes landwirtschaftliche Unternehmen, das sich der Tierhaltung widmet. Dass wir am Ende 7.000 Kühe verloren haben, weil die Halter aufgegeben haben, schmerzt mich sehr.“

Gute Schulen und Radwege sind Herzensangelegenheit

Eine andere Herzenssache hat Birgit Keller sehr schnell angepackt: „Ich wusste sehr gut, dass in vielen Landkreisen die Schulen nicht in bestem Zustand sind. Fast alle Kommunen und Landkreise sind da betroffen.“ Zu lange habe die Vorgängerregierung viel zu wenig in diesem Bereich geleistet und zu lange mit Investitionen gezögert. So sei das Konjunkturprogramm des Bundes, das um das Jahr 2000 aufgelegt wurde, nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen. „Man hätte sofort etwas anschließen müssen, da wurde zu lange gewartet.“ Diese Baustellen werden nun abgearbeitet. „Wir haben mit dem Schulinvestitionsprogramm eines der größten Investitionsprogramme beschlossen, die das Land Thüringen in diesem Bereich in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat“, erklärt die Ministerin. 150 Millionen Euro zusätzlich sind bis 2019 für die Sanierung der Schulgebäude veranschlagt, aktuell läuft die Umsetzung bereits auf Hochtouren.



„Wir haben mit dem Schulinvestitionsprogramm eines der größten Investitionsprogramme beschlossen, die das Land Thüringen in diesem Bereich in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat.“

Birgit Keller

„Es ist wichtig, dass die Schulen in einem Zustand sind, dass Kinder dort gerne lernen. Ich denke, wir sind da auf einem guten Weg.“

Kompromisse sind herausfordernd

Ob es nun um bezahlbare Mieten, Programme für die Barrierefreiheit oder energetische Sanierung geht: Der Wechsel vom kommunalen in den landespolitischen Bereich ist Birgit Keller leicht gefallen. „Allerdings hatte ich in meiner Zeit als Landrätin immer gedacht, dass eine noch schnellere Taktung in meinem Terminplan nicht mehr möglich ist. Als Ministerin habe ich gelernt: Und es geht doch“, erklärt sie mit einem Augenzwinkern. Was die eigentliche politische Arbeit angeht, seien die Grundsätze immer ähnlich: „Mir ist es immer wichtig, in einer Sache alle Beteiligten zu hören und zu verstehen.“ Keller verdeutlicht das am Beispiel Jagdgesetz: Am Anfang der Wahlperiode sei das Thema eine „heilige Kuh“ gewesen. Anfang der 90er entworfen, sahen viele Beteiligte keinen Grund, das Gesetz neu anzupacken. „Das Leben ist aber Veränderung, auch die Situation um das Jagdgesetz hatte sich geändert.“ Dabei war die Ausgangssituation schwierig: Vertreter von Jagd- und Umweltverbänden hatten jahrelang nicht miteinander geredet, die Fronten waren verhärtet. „Im Verlauf der Diskussionen ist es uns gelungen, dass man sich gegenseitig wieder zuhört und in einen Dialog tritt.“ Das Ergebnis: Aktuell sind von den 29 Themen, die gemeinsam bearbeitet wurden, 21 geklärt. Noch in diesem Jahr soll der neue Gesetzentwurf eingebracht werden. Am Ende wird vermutlich ein Abschluss stehen, bei dem keiner der Beteiligten zu 100 Prozent zufrieden sein wird. „Aber das ist richtig so, denn nur dann ist es ein Kompromiss“, sagt Keller. Das Prinzip der Abwägung ist auch bei den noch offenen Konflikten wichtig – wie etwa bei dem Plan, 5 Prozent der Waldfläche aus der Nutzung zu nehmen. „Da befinden wir uns noch mitten in der Diskussion und versuchen, zwischen den Forderungen der Waldbesitzer, der Holzindustrie und dem Naturschutz abzuwägen.“

Viel Arbeit – dank vieler ererbter Baustellen

Ziele hat sich Birgit Keller noch einige gesetzt: Unter anderem soll die Mitte-Deutschland-Verbindung vorangebracht und Ostthüringen wieder an den Fernverkehr angebunden werden. Aber auch bei den Plänen, den sozialen Wohnungsbau gemeinsam mit den Kommunen auf den Weg zu bringen, soll es vorangehen. „Die vorherige Landesregierung hat deutlich zu wenig für die Unterstützung strukturschwacher Kommunen geleistet, da spricht wieder die frühere Landrätin aus mir.“ Da sie selbst aus einem strukturschwachen Landkreis kommt, weiß Keller, wovon sie spricht. Alles, was man an Investitionen vor sich herschiebe, treibe die Kosten später deutlich in die Höhe. „Wer erwartet, dass wir in fünf Jahren alles aufholen können, was in 25 möglicherweise durch andere Prioritätensetzung nur mäßig stattgefunden hat, der träumt. Was die jetzige Regierung bisher geleistet hat, kann sich aber wirklich sehen lassen.“



Birgit Keller

Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Zielorientiert, konfliktreich, aber immer fokussiert auf die Verantwortung – so lässt sich die Arbeit im Kabinett gut zusammenfassen. Dass es immer mal Auseinandersetzungen gibt, ist ganz normal, immerhin arbeiten Vertreter drei verschiedener Parteien zusammen. Wichtig ist, was am Ende rauskommt. Und was wir bisher umgesetzt haben, kann sich sehen lassen.

Wenn Sie noch einmal auf die Welt kommen würden, welchen beruflichen Weg würden Sie einschlagen?

Ein Kindheitstraum von mir war das Medizinstudium. Weil ich aus keiner Arbeiterfamilie komme, wurde ich trotz eines 1,2er Notenschnitts nicht zum Abitur zugelassen. Das war bitter, das Medizinstudium wäre mein Weg gewesen. Doch ich will nicht klagen: Ich mache die politische Arbeit sehr gern. Und dass ich Ministerin werde, war eine nicht zu erwartende Entwicklung.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Ich habe einen ganz allgemeinen Wunsch: Ich wünschte, wir hätten die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform bereits erfolgreich abgearbeitet und könnten uns der weiteren Gestaltung des Landes widmen.

Sozialer Wohnungsbau

Mit neuen Programmen bezahlbares Wohnen für alle

Immobilien- und Mietpreise steigen in Thüringen vielerorts. Damit sich auch zukünftig alle Thüringerinnen und Thüringer guten und bezahlbaren Wohnraum leisten können, stehen in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt 125 Millionen Euro an Darlehen, Tilgungs- und Baukostenzuschüssen für den sozialen Wohnungsbau bereit. Rund 12,5 Millionen Euro wurden 2016 für den Neubau, die Modernisierung und die Instandsetzung von fast 1.393 Wohnungen bewilligt. Darunter wurde das sehr gut nachgefragte Programm zur Barrierereduzierung im vergangenen Jahr von fünf auf neun Millionen Euro aufgestockt. Für mehr als 1.200 Wohnungen wurde dafür Geld bewilligt. Die Landesregierung reagiert damit im Wohnungsbau auch auf die Herausforderungen durch den demografischen Wandel. Das Ziel ist bezahlbares Wohnen für alle. Einkommensschwache Mieter erhalten mehr Wohngeld. In Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt, in Erfurt und Jena, führte die Landesregierung die Mietpreisbremse ein.



Schulbau

Zusätzlich 150 Millionen Euro für Schulen

Viele Schulgebäude in Thüringen haben Sanierungsbedarf. Mit dem neuen Schulinvestitionsprogramm behebt die Landesregierung schrittweise den Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte. 15 Millionen Euro erhalten die Schulen jährlich pauschal für Reparaturen, und nun stehen zusätzliche 150 Millionen Euro für die Schulsanierung bis 2019 zur Verfügung. Die Schulen werden barrierefrei umgebaut und nach energetischen Kriterien saniert. An- und Neubauten werden gefördert. Nachhaltigkeit ist wichtig, und so werden nur die Schulen berücksichtigt, an denen langfristig eine stabile Schülerzahl gesichert ist. 2016 profitierten 17 Schulen in ganz Thüringen

von dem neuen Förderprogramm der Landesregierung. 2017 werden 12 weitere Schulen in Thüringen gefördert.



Verkehrspolitik

Attraktiver Nahverkehr durch ganzheitliche Verkehrsplanung

Bus, Bahn, Auto und Fahrrad ergänzen sich gut im Alltagsverkehr. Dabei hilft eine durchdachte Infrastruktur, wie etwa ausreichend Parkplätze und Fahrradständer am Bahnhof. Das Land investiert 43 Millionen Euro 2016 und 2017 in den öffentlichen Nahverkehr, beispielsweise um Verkehrsverknüpfungspunkte wie Park & Ride zu fördern. Dazu gehören auch Informationsleitsysteme, die beim Umsteigen Orientierung geben oder über die Abfahrtszeiten informieren. Zudem wird der barrierefreie Neu- und Ausbau von Bahnhöfen und Umsteigepunkten gefördert, der die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für alle Menschen erleichtert. Mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans bis 2022 arbeitet das Verkehrsministerium an einer zeitgemäßen Verkehrsplanung. Der öffentliche Nahverkehr soll in allen Landesteilen besser aufeinander abgestimmt und attraktiver werden. Fahrgastverbände und Bürgerinitiativen werden angehört und können Vorschläge einbringen. Auch das Radverkehrskonzept wird überarbeitet. Ziel ist, dass mehr Menschen das umweltfreundliche und gesunde Verkehrsmittel nutzen. Für Radwege an Landesstraßen werden deshalb mehr Straßenbaumittel eingeplant.

Landwirtschaft

Mehr Öko-Landbau und regionale Wertschöpfung

Bioprodukte sind zunehmend gefragt. Umweltschonendes Wirtschaften und ein erhöhter Anspruch an artgerechte Tierhaltung werden damit verbunden. Mit dem Öko-Aktionsplan verbessert die Landesregierung die Bedingungen für die er-

zeugenden Öko-Betriebe: Sie erhalten Fördermittel für Bildung, Vernetzung, Innovation und die Vermarktung von Bio-Produkten. Bis 2020 stellt die Landesregierung 43 Millionen Euro zur Verfügung, um Landwirte bei der Umstellung von konventioneller Landwirtschaft auf den ökologischen Landbau zu unterstützen. Weitere acht Millionen Euro stehen für Betriebsinvestitionen bereit. Vier Millionen Euro sind für die Vermarktung ökologischer Produkte vorgesehen. Schon jetzt hat sich die Zahl der Öko-Betriebe in Thüringen erhöht. Sinkende Preise für landwirtschaftliche Produkte belasten die Landwirte. Für ein Thüringer Hilfsprogramm wurde der Bürgschaftsrahmen des Freistaats für die Land- und Forstwirtschaft für 2016 und 2017 jeweils von fünf Millionen auf 50 Millionen Euro erhöht. Um die Bauern in der Krise zu unterstützen, zahlte die Landesregierung die EU-Fördergelder frühzeitig an die Bauern aus. Die Landesregierung hat das Thüringer Qualitätszeichen überarbeitet, um regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in Thüringen zu erhöhen. Künftig müssen 90 Prozent der in verarbeiteten Lebensmitteln enthaltenen Rohstoffe aus Thüringen oder angrenzenden Landkreisen stammen statt wie bisher 50,1 Prozent. Bei unverarbeiteten Produkten gilt die 100-Prozent-Regel.



Landesvermessung

Karten, Luftbilder und andere Geodaten kostenlos nutzbar

Seit 2016 stellt die Landesregierung schrittweise ihre Geodaten offen im Internet bereit, darunter 166.900 Luftbilder von 1945 bis heute sowie topografische Karten, 3D-Gebäudemodelle und Geländemodelle. Von der Initiative „Offene Geodaten“ profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft. Das Angebot wurde 2017 in den ersten drei Monaten fast 2,8 Millionen Mal abgerufen. Thüringen aktualisiert das Datenmaterial regelmäßig. Bisher konnten die Daten des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation nur gegen Gebühr genutzt werden. Die kostenfreie Bereitstellung ist ein wichtiger Schritt zu transparentem Verwaltungshandeln.



Ausblick

Mehr Tierschutz bei der Jagd und Tierwohl in der Landwirtschaft

Grundstein für ein modernes Jagdgesetz

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat den Grundstein für ein modernes Jagdgesetz gelegt. In das Gesetz werden neue Erkenntnisse des Tier- und Naturschutzes sowie der Jagdpraxis einfließen. Betroffene Vereine und Verbände haben in einem eineinhalbjährigen Dialogprozess ihre Vorschläge zum Gesetzentwurf eingebracht. Ein Beschluss des Landtages wird noch im Jahr 2017 erwartet.

Tierwohl fördern

Das Landwirtschaftsministerium setzt sich für Tierwohl und einen besseren Tierschutz in der Landwirtschaft ein. Eine Arbeitsgruppe „Tiergerechte landwirtschaftliche Nutztierhaltung“, bestehend aus Agarexperten, Wissenschaftlern sowie Tier- und Umweltschützern, hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Dieser enthält Vorschläge, wie die Landesregierung die artgerechte Tierhaltung verbessern kann. Auf dieser Basis erarbeitet das Landwirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Thüringer Gesundheitsministerium die „Thüringer Tierwohlstrategie“.

Gute Planung der Landesstraßen

Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, erarbeitet die Landesregierung für die Thüringer Landesstraßen erstmalig einen Landesstraßenbedarfsplan.

Darin wird systematisch ermittelt, wo, welche Straßenbaumittel benötigt werden und wo der Bedarf vordringlich ist. Für die Landesstraßen gilt: Erhalt geht vor Neubau. Weiterer Flächenverbrauch soll vermieden werden.

Landesweites Busnetz

Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft hat ein landesweites Busnetz initiiert, um alle Teile Thüringens gut an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden und mit dem Bahnverkehr zu verknüpfen, auch über die Kreisgrenzen hinweg. Die Landkreise haben bisher 15 Linien beantragt. Zudem ist ein gemeinsamer thüringenweiter Verkehrsverbund geplant. Eine Machbarkeitsstudie wurde Anfang 2017 vorgestellt. Sie dient als Grundlage für die geplante Erweiterung des Verkehrsverbundes.

Ländliche Entwicklung als Querschnittsaufgabe

Die Programme für die Dorfentwicklung wurden für die neue Förderperiode bis 2020 umgestellt. Zur Anerkennung als Förderschwerpunkt genügt nicht mehr eine rein städtebaulich geprägte Planung. Die kommunalen Entwicklungskonzepte sollen künftig ganzheitliche Lösungsansätze bieten. Aspekte der Daseinsvorsorge, von der Infrastruktur über den ÖPNV bis zu Einkaufsgelegenheiten oder der ärztlichen Versorgung sind mitzudenken und die Menschen vor Ort werden aktiv einbezogen.



Arbeitslosenquote gesenkt auf
6,2 Prozent

Bruttoinlandsprodukt gesteigert um
8,4 Prozent

Schulden gesenkt um
380 Mio. Euro

Auf dem richtigen Kurs: Die Arbeitslosigkeit sinkt – im April 2017 auf eine Quote von 6,2 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt stieg von 2014 bis 2016 um 8,4 Prozent. Und die Schulden hat die rot-rot-grüne Landesregierung seit 2014 um 380 Millionen Euro gesenkt.

Viel zu tun für die Zukunft Thüringens

Ob Gebietsreform, innere Sicherheit oder Bestattungsgesetzgebung, das Innenministerium hat unter Holger Poppenhäger bereits eine Menge erreicht. Und eines scheint sicher: Auch bis zum Ende der Legislaturperiode wird der Arbeitstakt im Ministerium hoch bleiben.

Für Innenminister Holger Poppenhäger bedeutete der Wechsel vom Justiz- ins Innenministerium vor allem Eines: Ein noch einmal breiter gefächertes Arbeitspensum. So musste nicht nur die Ausrüstung der Sicherheitskräfte ergänzt, sondern auch eine Lösung für den seit Jahren schwelenden Streit um das Thüringer Bestattungsgesetz gefunden werden. Eine Vielzahl von Führungsstellen bei Polizei, Verfassungsschutz und Landeskriminalamt waren endlich neu zu besetzen, die sinkende Personalausstattung musste gestoppt werden. Zur normalen Regierungsarbeit kam eine große Zahl parlamentarischer Anfragen – und nicht zuletzt die Planung neuer, zukunftsfähiger Verwaltungs-, Kreis- und Gemeindestrukturen.

Ganz oben auf der To-Do-Liste: Die Ausstattung der Sicherheitskräfte

„Dass wir all diese Aufgaben ohne einen einzigen zusätzlichen Mitarbeiter bewältigt haben, macht mich schon stolz“, sagt Holger Poppenhäger. So wurde zum Beispiel der Rückgang bei der Zahl der Polizeibeamten gestoppt. 600 junge Polizisten werden bis zum Ende der Wahlperiode ihren Dienst antreten. Auch die Umrüstung auf Digitalfunk bei den Sicherheitskräften – eine Technik, die in einigen anderen Bundesländern schon länger zur Grundausstattung gehört – konnte angepackt werden. Unterstützung hat Poppenhäger dabei unter anderem durch den Bau der neuen ICE-Trasse bekommen: Weil in der Tunnelkette die Analogsysteme nicht funktionieren, muss die Technik nun schnellstmöglich fit gemacht werden – damit die Schnellzüge sicher fahren. „Das wird uns viel Geld kosten, wurde aber auch viel zu lange vernachlässigt.“

Das neue Bestattungsgesetz: Ein ausgewogener Kompromiss

Auch andere Baustellen sind bereits abgearbeitet: „Das Bestattungsgesetz erwies sich als hochsensibles und sehr emotionales Thema. Das war mir vorher in diesem Ausmaß nicht bewusst.“ Das aktuelle Gesetz sei ein guter Mittelweg, für den die Regierung viel Lob erhalten hatte. Zum einen können die Waldfriedhöfe in kommunaler Hand betrieben werden. Forderungen wie etwa das freie Verstreuen von Asche seien zum anderen mit der hohen Bestattungskultur in Deutschland nicht vereinbar gewesen und durchgefallen. „Ich denke, wir haben gute Lösungen gefunden.“ Doch es gab auch einige schwierige Entscheidungen – wie im Fall der Insolvenz der Stadtwerke Gera: „Die Zustimmung zu dem Kredit über 29,5 Millionen Euro, mit dem die Stadt Gera ihre Straßenbahn zurückkaufte, ist mir seinerzeit sehr schwer gefallen“, erinnert sich Poppenhäger. Die Alternative wäre allerdings gewesen, alte Dieselbusse durch die Stadt fahren zu lassen



Beim Übergabetermin in einer Erfurter Polizeidienststelle überzeugte sich Dr. Poppenhäger selbst von den Trageeigenschaften des hochmodernen ballistischen Schutzhelms.

„Die Bürgerinnen und Bürger sind vor allem daran interessiert, ob sie Dienstleistungen, die sie von der Verwaltung erwarten und brauchen, auch weiterhin bekommen. Das wird flächendeckend gesichert sein.“

Dr. jur. Holger Poppenhäger

und die Gleise als Altmetall zu verkaufen. „Das war schon im Grenzbereich dessen, was man verantworten kann.“

Gebietsreform: Auf gutem Weg in die Zukunft

Nicht ganz einfach ist auch das Thema, das in Thüringen immer wieder hohe Wellen schlägt: Die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in allen ihren Teilen umsetzen und damit Thüringen zukunftsfähig aufstellen. „Wir holen hier etwas nach, was frühere Regierungen einfach nicht zustande gebracht haben.“

Zwar sei es bewundernswert, wie diskussionsfreudig und heimatverbunden Kommunalpolitiker und einzelne Bürger für ihre Gemeinden stritten. Letztlich sei die Gebietsreform aber eine Sache der Vernunft. „Die Bürgerinnen und Bürger sind in der Regel vor allem daran interessiert, ob sie die Dienstleistungen, die sie von der Verwaltung erwarten und brauchen, auch weiterhin bekommen. Dies wird flächendeckend gesichert sein.“ Was hingegen kaum jemand außer die Amtsinhaber interessiere, sei die Frage, wo der Landrat seinen Sitz hat. „Dass Bürger nicht für überflüssige Verwaltung dauerhaft mehr Geld bezahlen wollen, haben die meisten inzwischen begriffen. Auch, dass künftig weniger oder gar kein Geld für Polizei, Kultur oder Soziales übrig ist, wenn wir jetzt nicht handeln.“

Auf einem guten Weg sei die Gemeindegebietsreform: „Ich habe den Eindruck, dass zwei Drittel aller Gemeinden im Moment in Verhandlungen sind. Ich bin optimistisch, dass bis zum Ende der Freiwilligkeitsphase im Oktober mindestens so viele und mehr sich zusammenschließen.“ Die Bürgermeister sollten einfach das Gespräch suchen. In vielen Orten hätten die Bürgerbefragungen gezeigt, dass die Einwohner den Zusammenschlüssen deutlich offener gegenüber stünden, als manche Bürgermeister das wahr haben wollten.

Auch die Verhandlungen bei der Kreisgebietsreform sind natürlich nicht einfach. Was dagegen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden sei, war das Papier, in dem 24 Bürgermeister größerer, aber auch kleinerer Städte für die Reform unterschrieben hatten. Oft werde lediglich das Geschrei dagegen wahrgenommen. „Die finanzielle Unterstützung für Städte, die den Kreissitz verlieren, zusammen mit der Teilentschuldung und der Anschubfinanzierung für Kreise ist ein gutes Angebot.“

Die Ziele der aktuellen Legislaturperiode sind deshalb für Holger Poppenhäger klar definiert: Die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in allen ihren Teilen umsetzen und Polizei und Verfassungsschutz so aufstellen, dass sie optimal arbeiten können. Unterstützt wird der Minister vom Zeitgeist: Früher habe man bei Einsparungen nicht unterschieden, ob es um Lehrer, Polizisten oder Verwaltungsbeamte gehe. „Aktuell wollen die Menschen wieder mehr Sicherheit. Das ist unsere Aufgabe. Gerade in Sachen innerer Sicherheit habe ich aber einen guten Verbündeten: Die öffentliche Meinung. Und die war bisher auf meiner Seite.“



Dr. jur. Holger Poppenhäger Minister für Inneres und Kommunales

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Die Landesregierung ist innovativ, sehr diskussionsfreudig und geht neue Wege. Natürlich sind die Verhandlungen mit drei Partnern anstrengender. Man muss mehr Gespräche führen und mehr Positionen einbinden. Doch bei aller Reformfreude ist es meine Aufgabe, die öffentliche Sicherheit zu garantieren.

Wenn Sie nicht Innenminister wären, welcher andere Beruf würde Sie reizen und warum?

Eine Zeit lang war ich Dozent an der Uni Erfurt. Die Tätigkeit als Lehrbeauftragter fand ich sehr schön, vor allem den Kontakt mit jungen Menschen fand ich prima. Im nächsten Leben vielleicht. Den Bereich Wissenschaft finde ich nach wie vor sehr spannend.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

In innenpolitischen Fragen stehen wir uns in aller Regel sehr nah, da erübrigt sich das.

Kommunalwahlrecht

Senkung des Wahlalters für mehr Mitbestimmung

Durch eine Änderung der Thüringer Kommunalordnung können Jugendliche ab 16 Jahren künftig bei Kommunalwahlen aber auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden mitbestimmen. Innenminister Dr. Holger Poppenhäger sieht darin ein Angebot an die Jugendlichen, möglichst früh an politischen Entscheidungen teilzuhaben, deren Dimension und Reichweite sie in ihrem engeren Lebensumfeld unmittelbar überschauen, verstehen und erfahren können. Bei der Thüringer Kommunalwahl am 5. Juni 2016 konnten so erstmals 6.000 Wahlberechtigte in insgesamt 543 Gemeinden im Alter von 16 bis 18 über ihre künftigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mitentscheiden. Rund 314.000 Thüringerinnen und Thüringer waren zu dieser Wahl aufgerufen.



Versammlungsrecht

Erarbeitung eines Landesversammlungsgesetzes

Aufgabe des Versammlungsrechts ist es, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 Abs. 1 des Grundgesetzes zu gewährleisten und Gefahren abzuwehren, die durch Versammlungen von Menschen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entstehen.

Da mit der Föderalismusreform I die Gesetzgebungskompetenz für das Versammlungsrecht auf die Länder überging, wurde nunmehr vom federführenden Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales ein Referentenentwurf für ein Thüringer Gesetz über Versammlungen und Aufzüge vorgelegt. Dieser wurde am 20. Dezember 2016 durch das Kabinett gebilligt. Mit dem Gesetzentwurf sollen historisch sensible Tage und Orte besonders geschützt werden. Außerdem werden die einschlägigen versammlungsrechtlichen Regelungen in Thüringen zusammengeführt; diese waren bislang in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen geregelt. Dies erleichtert den Versammlungsbehörden – das sind die örtlich

zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte – und den Anmelderrinnen und Anmeldern sowie den Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern die Rechtsanwendung.

Bestattungsrecht

Naturnahe Bestattungen auf Waldfriedhöfen nun auch in Thüringen

Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat für die Landesregierung einen Gesetzentwurf zum Bestattungsrecht erarbeitet. Er wurde nach einer umfangreichen Anhörung von Experten und Interessenvertretern unverändert vom Thüringer Landtag beschlossen und trat im Dezember 2016 in Kraft. Die Änderungen im Thüringer Bestattungsgesetz und im Thüringer Waldgesetz ermöglichen in Ergänzung zu den herkömmlichen Friedhöfen die Anlegung sogenannter Waldfriedhöfe. Damit werden die Wünsche nach neuen Formen naturnaher Bestattungen aufgegriffen und die Friedhofs- und Bestattungskultur in Thüringen maßvoll weiterentwickelt. Das Gesetz schafft einen sicheren Rechtsrahmen für alle Beteiligten.



Schutz vor Tiergefahren

Besserer Schutz vor Übergriffen durch Hunde

Der Umgang mit und die Haltung bestimmter Hunderasen soll nach einem vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales erarbeiteten Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor Tiergefahren flexibler geregelt werden. Dadurch soll künftig ermöglicht werden, die wegen seiner Rassezugehörigkeit oder wegen eines vorhergehenden gefährlichen Verhaltens vermutete Gefährlichkeit eines Hundes durch einen Wesenstest zu widerlegen. Auch die bisherige Kastrationspflicht für als gefährlich geltende Hunde soll gelockert werden, um dem Alter und dem Gesundheitszustand der betroffenen Hunde Rechnung tragen zu können.

Da aber nicht selten Kinder, Menschen mit körperlichen Einschränkungen und ältere Personen Opfer von Hundeattacken sind, wird im Entwurf auf eine Liste mit den als besonders gefährlich geltenden Hunderassen Pitbull-Terrier, American Staffordshire-Terrier, Staffordshire-Bullterrier und Bullterrier sowie deren Kreuzungen untereinander und mit anderen Hunden nicht verzichtet. Der Gesetzentwurf wurde im März 2017 dem Thüringer Landtag zur parlamentarischen Beratung und Beschlussfassung zugeleitet.

Innere Sicherheit

Stärkung der Inneren Sicherheit durch vielfältige Maßnahmen

Die Terroranschläge in Deutschland und Europa zeigen, dass sich die Sicherheitslage eindeutig verändert hat. Darauf hat das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales reagiert. Polizei-einsatzkonzepte, insbesondere die für Anschläge und Amokläufe, wurden auf ihre Aktualität hin überprüft, überarbeitet und werden stetig weiter angepasst und verbessert. Bereits 2015 wurde damit begonnen, die Zahl der Auszubildenden in den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei sukzessive zu erhöhen. In den Jahren 2017 bis 2019 werden 600 neue Anwärterinnen und Anwärter für die Polizei eingestellt. Polizeibeamte in Thüringen erhalten unter anderem Schutzhelme, die neben Schlagschutzeigenschaften auch Beschuss standhalten, sowie neue Schutzwesten für den Einsatz- und Streifendienst mit integriertem Stichschutz. Die Schutz- und Einsatzrüstung der Spezialeinsatzkräfte wurde ebenfalls modifiziert und verbessert. In den vergangenen Jahren hat leider die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte stetig zugenommen. In einem Feldversuch werden gegenwärtig bei der Thüringer Polizei Bodycams getestet, die gerichts-feste Dokumentationen ermöglichen und so nicht nur Angriffe auf Beamtinnen und Beamte verhindern helfen, sondern auch Straftaten dokumentieren können. Wesentlich für die innere Sicherheit ist eine funktionierende Polizeistruktur mit den entsprechend besetzten Dienstposten. Wichtige Führungspositionen konnten in der Thüringer Polizei neu besetzt werden. Zudem trat am 1. Dezember 2015 Stephan J. Kramer seinen Dienst als neuer Verfassungsschutzpräsident an.



Blick auf das mittelalterliche Altenburg.

Ausblick

Thüringens neue Landkreis-Struktur soll 2018 stehen

In der zweiten Halbzeit dieser Legislaturperiode ist für das Thüringer Innenministerium die Gebietsreform der Arbeitsschwerpunkt. Ziel der Gebietsreform ist die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften in ganz Thüringen, die dauerhaft in der Lage sind, ihre Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft, sachgerecht, rechtssicher, bürgernah und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Im Jahr 2019 soll in Thüringen die flächendeckende Neugliederung sowohl der Landkreise und kreisfreien Städte als auch der Gemeinden abgeschlossen sein. Zuvor wurde zum Jahresende 2015 ein Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ durch das Kabinett verabschiedet, dass den Rahmen, die Grundzüge und die Ziele der vorgesehenen Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen beschreibt und das unter anderem bereits Eckwerte für künftige Kreis- und Gemeindegrößen enthält. Anschließend wurde das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen erarbeitet, das am 13. Juli 2016 in Kraft trat. In diesem Gesetz werden unter anderem verbindliche Vorgaben für die künftige Größe der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden gemacht, Regelungen zur Stärkung des Ortsteil- und Ortschaftsrechts getroffen und Haushaltsmittel zur Förderung freiwilliger Gemeindefusionen sowie für Strukturbegleithilfen bereitgestellt. Im Oktober 2016 stellte Innenminister Dr. Holger Poppenhäger seinen ersten Vorschlag zur Kreisgebietsreform vor, der im April 2017 aktualisiert wurde. Im Januar 2018 sollen die neuen Kreisstrukturen umgesetzt sein. Die ersten freiwilligen Gemeindefusionen sollen noch 2017 vom Landtag beschlossen werden, die restlichen Gemeindefusionen Ende 2018 erfolgen.

Umsetzung der Evaluierung der Polizeistrukturreform

Die Expertenkommission zur Evaluierung der Polizeistrukturreform hatte am 25. Oktober 2016 die von ihr erarbeiteten Erkenntnisse und Empfehlungen der Kommission zur Neustrukturierung der Thüringer Polizei vorgestellt. Die weiteren Schritte und der Zeitplan der Umsetzung werden im Frühjahr 2017 dem Kabinett vorgestellt. Ziel ist die Weiterentwicklung der Thüringer Polizei hinsichtlich der neuen Herausforderungen und die Schaffung nachhaltiger Strukturen, die eine hohe Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gewährleisten.

Erarbeitung eines Transparenzgesetzes

Das Informationsfreiheitsgesetz ermöglicht es bereits seit 2012, Unterlagen und Informationen von Behörden und öffentlichen Einrichtungen in Thüringen auf Nachfrage zu erhalten. Zudem kann über das am 6. Dezember 2016 freigeschaltete zentrale Informationsregister Thüringen (ZIRT) jedermann kostenlos und anonym auf von Behörden im Internet proaktiv bereitgestellte Informationen zugreifen.

Mit dem Transparenzgesetz sollen künftig noch weitere vom Gesetz benannte Informationen und Informationssammlungen von den Behörden selbstständig bereitgestellt werden. Thüringen soll damit eine modernere Verwaltung bekommen, die Handeln und Entscheidungsfindungen nachvollziehbar und transparent macht.

Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Justiz soll stärker werden

Für Justizminister Dieter Lauinger und sein Ministerium war der Start in die rot-rot-grüne Koalition alles andere als langweilig. Nicht nur, dass die Grünen zum ersten Mal in Regierungsverantwortung standen und wichtige Reformen anstehen – die plötzliche Ankunft von tausenden Flüchtlingen stellte die Behörde gehörig auf die Probe.

Das Interesse der Öffentlichkeit während der ersten Hälfte von Dieter Lauingers Amtszeit als Justizminister ist klar: Die Flüchtlingspolitik und besonders die Unterbringung so vieler Menschen stand ganz zentral im Fokus. „Es war eine enorme Herausforderung, vor der wir standen, und die wir mit relativ wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewältigen mussten. Rückblickend sind wir schon ein wenig stolz, dass das so gut geklappt hat“, sagt Lauinger. Anders als in anderen Bundesländern kam Thüringen ohne Zeltstädte aus, auch wenn kurzfristig und über Nacht 500 Neuankömmlinge angekündigt wurden. Trotzdem gab es zahlreiche schlaflose Nächte für den Minister: „Wenn man Menschen trifft, die auf dem Weg nach Deutschland zwei von vier Kindern verloren haben, die verhungert oder ertrunken sind, berührt einen das natürlich sehr tief.“

Flüchtlingsthematik hält noch viele Aufgaben bereit

Doch mit der Unterbringung seien Aufgaben und Ziele natürlich längst nicht erledigt: „Wir müssen jetzt daran arbeiten, die Leute nicht in Sicherungssystemen zu parken, sondern sie möglichst schnell an den Arbeitsmarkt und ins gesellschaftliche System zu bringen, damit sie Teil der Thüringer Gesellschaft werden können.“ Ein Ziel, für das noch viele Anstrengungen nötig seien. Doch auch, wenn vereinzelt Gewalt oder Kriminalität in den Unterkünften für Schlagzeilen sorgten, sei das kein Argument gegen diesen Kurs. „Dass es immer mal wieder Rückschläge gibt, ist ganz normal – das macht die Integration aber umso wichtiger.“

Klares Ziel: Machtverzicht

Emotional auf einer anderen Ebene ist für den langjährigen Richter Dieter Lauinger natürlich die Zukunft der Justiz im Freistaat. „Mir ist es vor allem wichtig, die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Mein klares Ziel ist es, einen deutlichen Teil der Macht als Minister abzugeben. Und das noch in dieser Legislaturperiode.“ Sein Vorteil: Mit 22 Jahren Berufserfahrung kennt der Minister das System bis in alle Einzelheiten. „Da kann einem keiner was vormachen.“ Ebenfalls aus dieser Erfahrung kommt ein weiteres ambitioniertes Ziel: Die Neueinstellung von 100 jungen Richterinnen und Richtern im Freistaat. „Das ist eine drastische Neuerung und wird viel neuen Elan in die Gerichte bringen.“

Im ersten Jahr haben bereits 17 neue Richterinnen und Richter ihre Tätigkeit in Thüringen aufgenommen. Zudem auf der To-Do-Liste: Die oft ehrwürdigen und alten Gerichtsgebäude fit zu machen für die Ansprüche moderner Infra-



Justizminister Dieter Lauinger in der Jugendstrafanstalt Arnstadt.

„Wir müssen jetzt daran arbeiten, die Flüchtlinge nicht in Sicherungssystemen zu parken, sondern sie möglichst schnell an den Arbeitsmarkt und ins gesellschaftliche System zu bringen, damit sie Teil der Thüringer Gesellschaft werden können.“

Dieter Lauinger

struktur sowie die Umsetzung der Digitalisierung in Gerichtsverfahren. „Der Umstieg auf digitale Daten ist die Revolution von Abläufen, die im Wesentlichen seit über 100 Jahren unverändert geblieben sind. Doch dieser Umstieg ist alternativlos.“

Viele Verbraucher kennen eigene Rechte nicht

Im Verbraucherschutz scheinen die Einflussmöglichkeiten im Vergleich zu den großen Entscheidungen in Justiz und Flüchtlingspolitik fast bescheiden. Große Themen wie etwa der On-line-Handel sind tatsächlich bestenfalls auf Bundesebene regelbar. Vor allem die Information der Bevölkerung zu aktuellen Verbraucherthemen sei jedoch wichtig, sagt Lauinger: „Viele Menschen wissen überhaupt nicht genau, welche Rechte sie als Verbraucher haben. Da wollen wir deutlich nachbessern.“ Geplant sind deshalb vor allem Informationskampagnen für Endverbraucher.

„Greenhorns“ in der Landesregierung

„Für mich persönlich war der Einzug ins Justizministerium zweifelsohne ein aufregender Perspektivwechsel“, erzählt Lauinger. Mit Mitte 50 das Justizsystem noch einmal von einer anderen Seite zu sehen, sei eine spannende Erfahrung. „Als Richter ist man natürlich schon sehr unabhängig. Man hat einen Fall, den man von Anfang an selbst bearbeitet und am Ende entscheidet.“ Als Minister werde die meiste Vorarbeit von den jeweiligen Fachabteilungen des Ressorts erledigt, dafür gebe es ständig wichtige Entscheidungen zu treffen und Ziele vorzugeben. „Der Unterschied ist schon gewaltig.“

Ungewohnt waren zunächst auch die teils langwierigen Amtsabläufe: „Nachdem wir unsere Autoflotte erfolgreich auf Hybridfahrzeuge umgestellt hatten, wurden die Ladestationen knapp“, erinnert sich Lauinger. „Ich dachte, wir rufen einfach einen Elektriker an, der ein paar neue Steckdosen legt. So einfach war es dann aber nicht.“ Wie vorgeschrieben, musste der Auftrag offiziell ausgeschrieben werden, mit dem üblichen Aufwand und entsprechender Dauer.

Doch nicht nur für den Minister, auch für seine Partei war der Wechsel aus der Opposition ein Abenteuer. „Wir als Grüne waren ja zu Beginn der Legislaturperiode eher die Greenhorns in der Regierung. Ob wir uns beteiligen, war in der Partei heftig diskutiert worden.“ Als weise Entscheidung habe es sich herausgestellt, dass die Grünen die Frage nach einer Regierungsbeteiligung bereits ein Jahr zuvor hypothetisch durchgespielt hatten. Dadurch habe es trotz aller internen Debatten am Ende einen breiten Rückhalt für die Beteiligung gegeben. „Rückblickend ist es gut und richtig, dass wir so entschieden haben. Es gibt viele Dinge, die wir voranbringen konnten.“



Dieter Lauinger

Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Wenn es Probleme gibt, finden wir immer eine Lösung – so erlebe ich diese Landesregierung. Auch wenn wir Grüne der kleine Koalitionspartner sind, gehen wir fair miteinander um. Jeder gönnt dem Anderen auch Erfolge. Letztlich werden wir nur gewählt, wenn die Landesregierung insgesamt positiv auftritt.

Wenn Sie nicht Justizminister wären, welches andere Ressort würde Sie mal interessieren?

Ich finde es gut, wenn ein Minister in seinem Bereich nicht nur theoretische Kenntnisse hat. Daher drängt es mich nicht in andere Zuständigkeiten. „Schuster, bleib bei Deinen Leuten“ halte ich für einen guten Grundsatz und bin glücklich in meinem Ressort.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Mein Wunsch für Thüringen ist, dass wir akzeptieren, in einer demografischen Situation zu sein, die uns – wenn wir nichts ändern – vor riesige Probleme stellt. Dann ist der Lebensstandard, den sich die Menschen hart erarbeiteten, nicht zu halten. Ich wünsche mir, dass wir es gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten schaffen, dieses Land zum Zuwanderungsland zu machen.

Investitionspauschale

Rahmenbedingungen für die Integration verbessert

Das Jahr 2015 war insbesondere von der Sicherstellung der Unterbringung der schutzsuchenden Menschen geprägt. Die Thüringer Landesregierung arbeitet nun vor allem daran, den Prozess des Ankommens und der Integration der Geflüchteten zu gestalten.

Durch die Einführung einer Investitionspauschale werden die Kommunen auch bei der Schaffung dezentraler Unterbringungsplätze für Geflüchtete gefördert. Darüber hinaus wurden Integrationsprojekte wie das Förderprogramm „Start Deutsch“ angestoßen. Die ehrenamtliche Hilfe wurde dadurch gestärkt und besser vernetzt. Die Mittel für Maßnahmen zur Integrationsförderung wurden im Jahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr auf 2,8 Millionen Euro erhöht und damit vervierfacht.

Zum 1. Januar 2017 wurde die elektronische Gesundheitskarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber eingeführt. Dieter Lauinger, der Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz hatte die ersten Gesundheitskarten in Arnstadt persönlich an zwei aus Afghanistan geflohene Familien übergeben. Die Gesundheitskarte ermöglicht geflüchteten Menschen einerseits den besseren Zugang zu medizinischer Versorgung und entlastet andererseits die Landkreise und kreisfreien Städte im Freistaat Thüringen spürbar, indem das komplette Verfahren für alle einfacher, unbürokratischer und effektiver gestaltet wird.

Integrationskonzept

Thüringen auf humane Flüchtlingspolitik vorbereitet

Die Thüringer Landesregierung bekennt sich zu einer humanitären Flüchtlings- und Integrationspolitik. Daher wurde bereits kurz nach dem Amtsantritt des Ministers für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dieter Lauinger, mit der Ausweitung der Erstaufnahmekapazität für geflüchtete Menschen begonnen. Die Anzahl der Aufnahmeplätze stieg innerhalb eines Jahres von 1.200 auf 7.000 Plätze. Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern ist Thüringen im Herbst des Jahres 2015 ohne Zeltstädte und mit nur wenigen Wohncontainern ausgekommen. Auch als im November 2015 mehr als 6.000 Flüchtlinge in einem Monat nach Thüringen kamen, konnten diese in festen Wohngebäuden untergebracht und gut versorgt werden.

Die Umsetzung einer humanen Flüchtlings- und Migrationspolitik wird maßgeblich von der Beauf-

tragten des Freistaats für Integration, Migration und Flüchtlinge, Miriam Kruppa, mitgestaltet. Die Stelle der früheren Ausländerbeauftragten wurde nicht nur umbenannt, sondern auch personell gestärkt und inhaltlich neu strukturiert. Im Mittelpunkt der Arbeit der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge steht derzeit die Erarbeitung eines umfassenden Integrationskonzeptes für Thüringen. Um die Lebensbedingungen der Migrantinnen und Migranten zu verbessern, wurde die ehrenamtliche Arbeit stärker koordiniert. Ziel ist es, ein dichtes Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren zu schaffen, um geflüchtete Menschen zu unterstützen. Zudem setzt sich die Beauftragte für Integration und Migration als „Anwältin der Flüchtlinge“ ganz konkret für deren Belange ein, so zum Beispiel in der Härtefallkommission.



Planungssicherheit

Finanzierung der Verbraucherzentrale Thüringen

Die Finanzierung der Verbraucherzentrale in Thüringen wurde mit Beginn dieser Legislaturperiode auf eine solide Basis gestellt. Damit erhielt die Verbraucherzentrale eine mittelfristige Planungssicherheit. Die ersten Schritte hierzu wurden mit der Verabschiedung des Haushaltsplanes für 2015 getan. Die institutionelle Förderung stieg von rund 560.000 Euro auf inzwischen mehr als 900.000 Euro. Die Verbraucherzentrale ist damit in der Lage, eine seit längerer Zeit bestehende Lücke beim Beratungspersonal zu schließen und die Gehälter der Beraterinnen und Berater an die Tarifentwicklung anzupassen.

Justizpolitik

Mehr junge Richterinnen und Richter für effektiven Rechtsschutz

Die Landesregierung und das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz wollen eine Justiz, die allen Bürgerinnen und

Bürgern einen effektiven und zeitnahen Rechtsschutz sichert. Nachdem es über viele Jahre in Thüringen kaum Neueinstellungen junger Richterinnen und Richter gab, wurde im Jahr 2015 mit 17 Neueinstellungen die Verjüngung des Personals in der Thüringer Justiz eingeleitet. In den kommenden Jahren sind je 20 bis 25 Neueinstellungen von Richterinnen und Richter geplant. Zudem ist es gelungen, die Zahl der anhängigen Gerichtsverfahren zu reduzieren. Erstmals wurden im Landeshaushalt Mittel für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs berücksichtigt. Damit wurde ein weiterer wichtiger Schritt getan, um Bürokratie abzubauen.



Essensqualität

Bessere Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen

Die Thüringer Landesregierung hat sich die Qualitätsverbesserung der Verpflegung an Kitas und Schulen auf die Agenda geschrieben. Unter anderem wurde eine Studie zur Verpflegungssituation in Thüringer Kindertagesstätten in Auftrag gegeben. Ihre Ergebnisse werden nun schrittweise umgesetzt. Die Studie zeigt, dass die Warmhaltezeiten und Transportwege des Mittagessens kritisch überprüft werden müssen. Die gewonnenen Erkenntnisse wird die Sektion Thüringen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) mit insgesamt neun Modelleinrichtungen im Rahmen des Projekts „Praktische Ernährungsbildung in Kitas – Kita i(s)st gesünder“ nutzen und abgestimmte Handlungskonzepte für die in Thüringen häufigsten Verpflegungssysteme erarbeiten. Die Durchführung des Schulobst- und Gemüseprogramms wird pro Jahr mit 300.000 Euro aus dem Landeshaushalt unterstützt.



Ausblick

Integration von Geflüchteten und Zuwanderung stärken

Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode stellt das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz die Umsetzung des Integrationskonzeptes in den Mittelpunkt seiner Arbeit: Mit einem umfassenden Ansatz soll die Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt, in die Gesellschaft und das soziale Leben gefördert werden. Dabei sind alle Fachressorts der Thüringer Landesregierung sowie alle Akteurinnen und Akteure aller gesellschaftlichen Bereiche gefragt – und sie werden in diese Arbeit eingebunden. Gemeinsam werden die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass aus geflüchteten Menschen Mitglieder unserer Gesellschaft werden.

Thüringen braucht Zuwanderung

Das Migrationsministerium will zudem für mehr Zuwanderung nach Thüringen sorgen und sich für attraktive Rahmenbedingungen einsetzen, damit die zugewanderten Menschen auch in Thüringen bleiben und hier eine neue Heimat finden. Thüringen ist angesichts seiner demografischen Entwicklung, des starken Rückgangs der Bevölkerung, auf die Zuwanderung von Facharbeiterinnen und Facharbeitern sowie hochqualifizierten Menschen angewiesen. In der Wirtschaft ist der Mangel an Personal bereits deutlich zu spüren, was zum Wettbewerbsnachteil für Thüringen werden kann. Daher wird sich die Landesregierung auf Bundesebene für ein Einwanderungsgesetz einsetzen. Vor Ort gilt es, eine Willkommenskultur zu schaffen und zu stärken.

Unabhängigkeit der Justiz stärken

Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt für die bevorstehende zweite Hälfte dieser Wahlperiode ist im Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz das Richter- und Staatsanwältengesetz für Thüringen. Mit dem Gesetz sollen die Unabhängigkeit der Justiz und die Selbstverwaltung der Richter und Staatsanwälte gestärkt werden, indem beispielsweise die Entscheidungskompetenz des Justizministers, beispielsweise bei der Regelung von Personalangelegenheiten, eingeschränkt wird. Dies ist neben weiteren Anstrengungen zur Verjüngung der Justiz und der Einführung elektronischer Verfahren im Rechtsverkehr ein weiterer Schritt zur Modernisierung der Justiz.

Initiativen für besseren Verbraucherschutz

Im wirtschaftlichen Verbraucherschutz wachsen die Herausforderungen. Aktuelle Themen sind beispielsweise produktergänzende Versicherungen und die Beeinflussung des Kaufverhaltens der Kundeninnen und Kunden im Einzelhandel. Thüringen hat sie bereits auf die Tagesordnung der Justizministerkonferenz gesetzt. Um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher besser zu schützen, muss über Landesgrenzen hinweg agiert werden. Thüringen wird sich über den Bundesrat für Gesetzesinitiativen auf Bundesebene stark machen. Es gilt, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken und ihnen Mittel an die Hand zu geben, deren Einhaltung auch einzufordern.

Die sanfte Kulturrevolution

Benjamin-Immanuel Hoff wechselte aus Berlin nach Thüringen. Als Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten spricht er über das Wesen der rot-rot-grünen Koalition – und wichtige neue Chancen für seine Wahlheimat.

Nach mehr als 25 Jahren unter der Ägide der CDU brachen mit dem Einzug von Benjamin Hoff als Chef der Staatskanzlei neue Zeiten an: Zum ersten Mal wird das Haus von einem Vertreter der Partei „Die Linke“ geführt – der gleichzeitig auch als Minister dem Kulturressort vorsteht. Für viele Mitarbeiter eine deutliche Zäsur. „Es gab durchaus Befürchtungen im Haus, dass nun im wahrsten Sinne des Wortes die ‚Kulturrevolution‘ ausbricht“, erinnert sich Hoff an die ersten Wochen im neuen Amt. „Aber das hat sich recht schnell zerstreut. Ich habe eher die gegenteilige Erfahrung gemacht, dass nicht so sehr die Farbe des Parteibuchs zählt, sondern der Anspruch, gemeinsam gute Regierungsarbeit zu machen. Und das gelingt uns.“

Den Radar immer im Blick

Sein Haus sieht Hoff als Rückgrat für den reibungslosen Ablauf des politischen Tagesgeschäfts der rot-rot-grünen Landesregierung: „Irgendwo muss der Maschinenraum einer Landesregierung liegen, das ist die Staatskanzlei. Wir schauen, dass keine Hindernisse auf dem Radar auftauchen und dass die Maschine läuft.“ Dank der vielen engagierten und hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelinge das sehr gut. „Wir sehen uns als gemeinsames Koordinationsressort für die gesamte rot-rot-grüne Landesregierung. Dass das so gut klappt, wurde von vielen nicht erwartet.“ Die sichtbaren Erfolge hat Hoff im Kulturressort geliefert: „Zum ersten Mal in Thüringen gibt es für zehn Jahre Planungssicherheit für alle Theater. Kein Orchester wurde abgeschafft, kein Theater geschlossen.“ Doch für den Minister ist der Erfolg gleichzeitig eine Blaupause für einen neuen Politikstil. Denn normalerweise sei der Ablauf anders: Da mache eine Landesregierung einen Vorschlag, der die Schließung von mindestens drei Standorten vorsehe. „Die Betroffenen reagieren dann mit Demonstrationen, bei denen in mindestens einem Sarg die Kulturpolitik zu Grabe getragen wird.“

Das Ziel: Sich den Debatten stellen

„Wir sind einen anderen Weg gegangen: Wir haben in einem breiten Konsens mit allen beteiligten Akteuren eine praktikable und vorteilhafte Theaterstrategie verabschiedet.“ Die wichtigste Neuerung: Umfassende Gespräche mit möglichst vielen Beteiligten. „Wir haben mehrere Szenarien vorgelegt, mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen und dann mit den verschiedenen Akteuren darüber diskutiert, insgesamt sicherlich mit mehreren tausend Menschen. Das ist tatsächlich teilhabende Kulturpolitik.“ Auch wenn am Ende nicht alle gleichermaßen mit dem erzielten Ergebnis einverstanden gewesen seien, habe der transparente Weg Respekt für die Landesregie-



Im Technikbereich unterhalb der Hauptbühne im Theater Altenburg wurde nicht nur der Sanierungsbedarf der Bühnentechnik besprochen, sondern auch der Förderantrag über 7,1 Millionen Euro zur Sanierung der Bühnentechnik übergeben. V.l.n.r.: Landrätin Michaela Sojka, Minister Benjamin-Immanuel Hoff und der Fachbereichsleiter Bildung und Infrastruktur des Landratsamtes Altenburger Land, Bernd Wenzlau.

„Irgendwo muss der Maschinenraum einer Landesregierung liegen, das ist die Staatskanzlei. Wir schauen, dass keine Hindernisse auf dem Radar auftauchen und dass die Maschine läuft.“

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff

rung geschaffen: „Genau das ist der rot-rot-grüne Ansatz: Wir wollen uns den Debatten stellen, die Leute ernst nehmen und Alternativen anbieten – und wegkommen von der Illusion, dass es immer nur einen einzigen richtigen Weg gibt.“ Ein Vorgehen, das nicht nur beim neuen Museumskonzept Anwendung finden soll, sondern in möglichst vielen Bereichen. „Sich auf diese Weise Respekt zu erarbeiten, kostet Zeit und Mühe, aber es ist sehr fruchtbringend.“

Kulturwirtschaft als große Chance für Thüringen

Auch im Ausblick auf Thüringens Zukunft seien neue Wege wichtig. Eine zentrale und bisher brach liegende Chance für den Freistaat sieht Hoff vor allem in der Kulturwirtschaft. Dabei könnte eine Not zur Tugend gemacht werden: „Aus Städten wie Berlin, Leipzig oder Nürnberg gehen Künstler weg, weil sie sich die Atelierkosten nicht mehr leisten können.“ Das für Thüringen typische dichte Netz aus kleinen und mittleren Städten, seine zentrale Lage in Deutschland und die vielen ungenutzten Industrie- und Wohnflächen böten ideale Voraussetzungen für Kunstschaffende: „Viele Künstler, die in den Großstädten etwas aufgebaut haben, suchen nach Räumen, in denen Entfaltung möglich ist und die gut erreichbar sind. Diese Flächen gibt es in Thüringen. Dort ist möglich, was etwa in Berlin inzwischen kaum noch geht.“ Einen Atelierbeauftragten nach Berliner Vorbild einzusetzen, der leerstehende Immobilien an Künstler vermittelt, ist deshalb ein wichtiges Ziel für Hoff. Auch die Internationale Bauausstellung (IBA) sei in diesem Zusammenhang von unschätzbarem Wert: „Die IBA öffnet Fenster in die Zukunft von Thüringen. Die Kulturwirtschaft wird darin ganz sicher einen großen Teil einnehmen.“

Nach 100 Tagen kam der Frühling

Wer mit dem Minister ins Gespräch kommt, merkt schnell, wie sehr das Geschick seiner Wahlheimat den gebürtigen Berliner Hoff umtreibt. „Ich mache meine Arbeit tatsächlich sehr gern, gerade in dieser Konstellation mit Bodo Ramelow als Ministerpräsident. Ich konnte das, was ich am liebsten tue, zum Beruf machen. So eine Chance bekommt man nur einmal im Leben.“ Speziell die Kulturpolitik sei ein herausforderndes Handwerk, jeden Tag lasse sich etwas Neues dazu lernen. Zudem hat Hoff Thüringen sehr schnell lieben gelernt: „Unsere Regierungsarbeit begann im Dezember 2014. Nach 100 Tagen kam der Frühling. Egal, ob in Erfurt oder bei einer Fahrt über Land: Es ist hier ausgesprochen schön. Thüringen ist ein wirklich tolles Land mit einer hohen Lebensqualität.“ Zum Amtsbonus eines Kulturministers gehöre es, dass qua Amt viele Termine an großartigen Orten wie den Schlössern, Burgen und anderen historischen Stätten stattfänden. Das breite kulturelle Angebot sei etwas ganz Besonderes – von den Bachwochen bis zum Sonne-Mond-Sterne-Festival. „Die Matthäus-Passion am authentischen Bach-Ort zu erleben: Das ist eigentlich schon ein Glücksfall. Aber hier ist es etwa ganz normales.“



Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Dreierkoalitionen gelten als instabil, tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Wenn es drei Partner gibt, sind sich entweder alle einig oder es gibt zumindest zwei, die eher dieselbe Meinung vertreten. Auch ein Schemel steht stabil auf drei Beinen.

Wenn Sie nicht Kulturminister und Chef der Staatskanzlei wären, welches andere Ressort würde Sie reizen und warum?

Momentan habe ich ja Gelegenheit, in ein anderes Ressort hineinzuschauen. Weil die Bildungsministerin bedauerlicherweise erkrankt ist, bekomme ich Einblicke in einen sehr spannenden landespolitischen Kernbereich. Zu sehen, welchen schwierigen Job Birgit Klaubert macht, ist eine richtige Lernerfahrung – aber eben auch sehr aufregend.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Wenn der Ministerpräsident – wovon ich ausgehe – 2019 wiedergewählt wird, ich würde mich sehr freuen, wenn er fragt, ob ich den gleichen Job nochmal machen würde.

Finanzierungsverträge

Planungssicherheit für Thüringer Theater und Orchester

Der Abschluss der Finanzierungsverträge mit den institutionell geförderten Thüringer Theatern und Orchestern war erfolgreich: Die Verträge sind von allen Finanzierungspartnern unterzeichnet. Auf Basis der Finanzierungsverträge wurden die Fördermittel des Landes an die Thüringer Theater und Orchester für 2017 und die Folgejahre bewilligt. Für die Kultureinrichtungen bedeutet das Planungssicherheit. Das übergreifende Ziel ist das Fortbestehen der produzierenden Theater- und Orchesterstandorte in Thüringen sowie der Erhalt und die Nutzbarmachung des künstlerischen Potenzials hinsichtlich der Vielfalt und Qualität. Mit den Finanzierungsverträgen wurde das Ziel erreicht. Bestehende erfolgreiche Kooperationsvereinbarungen und Arbeitsteilungen bei Produktionen zwischen den Standorten werden weiter fortgeführt und vertieft.



Denkmalpflege

64 Baudenkmäler: Bundesweit einzigartige Schlösser-Studie

Das Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie hat die Studie „Burgen, Schlösser und Gutshäuser mit erhöhtem Sanierungsbedarf in Thüringen“ vorgelegt. Damit liegt erstmals eine systematische Betrachtung der baulichen Substanz und des Sanierungsbedarfs der 64 Burgen, Schlösser und Gutshäuser mit erhöhtem Sanierungsbedarf vor.

Die 64 Baudenkmäler wurden zuvor von den unteren Denkmalschutzbehörden – nach Abfrage durch das Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie – identifiziert. Eine solche Studie ist bundesweit einmalig. Gegen die Eigentümerin der Schloss- und Parkanlage Reinhardsbrunn wurde bei der zuständigen Enteignungsbehörde ein Enteignungsverfahren eingeleitet. Da die Eigentümerin keinerlei Erhaltungsmaßnahmen durchführt, ist zur Rettung dieses für die thüringische Landesgeschichte be-

deutenden Kulturdenkmals die Enteignung notwendig. Das Eigentum soll auf den Freistaat Thüringen übertragen werden. Bundesweit ist dies die erste Enteignung, um ein Denkmal vor dem Verfall zu retten. Die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten hat zur Renovierung der Schlossanlage Friedenstein in Gotha vom Bund und vom Land 60 Millionen € erhalten. Mit diesen Mitteln wird die Schlossanlage in den nächsten 15 Jahren grundlegend instandgesetzt und erneuert.

Richtlinie

Projektförderung für Thüringer Kunst und Kultur

Die „Richtlinie zur Förderung von Kultur und Kunst“ wurde zum 1. Januar 2016 überarbeitet. Dadurch wurden die Grundlagen für eine Projektförderung geschaffen, die sich stärker an den Bedürfnissen der Kultureinrichtungen orientiert. Die Kulturförderrichtlinie wurde an die Bedingungen der Strukturfondsförderung und die Forderungen gemäß EU-Beihilferecht angepasst. Inhaltliche Änderungen beschränkten sich auf Angaben zur Nachhaltigkeit der Förderungen. Die Richtlinie wird auch für die Maßnahmen im Jahr 2017 angewendet.



Jubiläen

Tradition und Moderne: Reformation und Bauhaus

Für das Bauhaus-Jubiläum in Thüringen wird ein Höhepunkt die Eröffnung des neuen Bauhausmuseums in Weimar sein. Es wird im Zentrum Weimars nicht nur eines der modernsten Museen entstehen, sondern rechtzeitig zum Bauhaus-Jubiläum 2019 ein Ort geschaffen, an dem sich die bis heute ungebrochene Aktualität des Bauhauses verdeutlichen wird. Eingebettet in die „Topographie der Moderne“, die historische Stätten und Erinnerungsorte der Moderne in Weimar verbindet, entsteht hier perspektivisch ein

lebendiges Kulturquartier, das die ambivalente Geschichte der Moderne erlebbar macht. Bereits jetzt erarbeiten die an der Klassik Stiftung Weimar angesiedelten „Bauhaus-Agenten“ gemeinsam mit Thüringer Schulen Vermittlungskonzepte für dieses neue Museum, die in die spätere museumspädagogische Arbeit einfließen werden. Mit einem Festakt wurde im November 2016 das Jubiläumsjahr der Reformation eröffnet. Unter dem konzeptionellen Leitgedanken „Thüringen als Lutherland entdecken und entwickeln“ gab es zahlreiche thematisch passende Veranstaltungen, um den Freistaat zu präsentieren. Vom 4. Mai bis 5. November 2017 ist die Wartburg in Eisenach Schauplatz der Nationalen Sonderausstellung „Luther und die Deutschen“ – dort, wo Martin Luther das Neue Testament ins Deutsche übertrug, beschäftigt sich die Ausstellung mit dem Schaffen des großen Reformators. Thüringen war im 16. Jahrhundert die Keimzelle der Reformation. Die Vielfalt der reformatorischen Bewegung und ihre Inanspruchnahme im Wandel der Jahrhunderte werden in zahlreichen Ausstellungen und vielfältigen kulturellen Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht. Große Anstrengungen wurden zur wissenschaftlichen Fundierung des Reformationsjahres unternommen.



Entwicklungsplan

Vorreiter bei Onlineangeboten der Bibliotheken

Der Bibliotheksentwicklungsplan wurde 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt. Erstellt wurde der Bibliotheksentwicklungsplan vom Freistaat Thüringen in Zusammenarbeit mit den Thüringer Bibliotheken, Fachverbänden, mit den Kommunen und den Landkreisen als Trägern der Bibliotheken. Der Plan gibt die Leitlinien für die Entwicklung zu einem modernen Bibliothekswesen in Thüringen vor. Das Land Thüringen hat in Zusammenarbeit mit der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken einen Rahmenvertrag für die Nutzung des ThueBIBNet durch die öffentlichen Bibliotheken geschlossen. Damit können die öffentlichen Bibliotheken ihr Angebot den Nutzerinnen und Nutzern auch online zur Verfügung stellen. In dem Bereich der Onlineangebote von Bibliotheken ist der Freistaat Thüringen bundesweit Vorreiter.



Schloss Friedenstein in Gotha

Ausblick

„Museumperspektive 2025“ ist auf dem Weg

Die „Museumperspektive 2025“ wird im Jahr 2017 zur Diskussion mit dem Museumsverband, den Museen, den Kommunen und weiteren Trägern von Museen durch die Thüringer Staatskanzlei vorgelegt. Das Strategiepapier wird in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der Thüringer Museen und Gedenkstätten, dem Museumsverband Thüringen e. V., den Museen selbst sowie dem für Kultur zuständigen Ministerium – der Thüringer Staatskanzlei – erarbeitet. Es wird aufzeigen, wie die Thüringer Museumslandschaft in den bevorstehenden Jahren erhalten, gesichert und weiterentwickelt werden soll, um diese zukunftssicher aufzustellen. Es beschreibt, welche Museen und Gedenkstätten Thüringen zu bieten hat und wie das dort vorhandene kulturelle Erbe bewahrt werden kann und wie neue Entwicklungen angestoßen werden sollen.

Umnutzung der Defensionskaserne auf dem Petersberg

Derzeit finden zudem Untersuchungen zum Standort Defensionskaserne statt, die sich mit der Klärung der Frage beschäftigen, ob das Archäologische Landesmuseum und der Fachbereich Archäologie des Landesamts für Denkmalpflege und Archäologie in dem Gebäude untergebracht werden können. Dabei werden auch die Flächen der Peterskirche auf dem Petersberg in die Untersuchungen einbezogen. Eine sich daran anschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung soll Aufschluss darüber geben, welche wirtschaftlichen und finanziellen Folgen die Verlagerung des Museums und des Fachbereichs Archäologie von Weimar nach Erfurt und die Zusammen-

legung von Außendepots des Landesamts in die Defensionskaserne und in der Peterskirche haben. Die Umnutzung der Defensionskaserne zu dem vorgesehenen Zweck für das Flächendenkmal Petersberg und damit für die „Krone der Stadt Erfurt“ wird unter den zu berücksichtigenden Aspekten geprüft und abgewogen.

Bauhaus-Jubiläum 2019 mit vielfältigen Veranstaltungen

2019 begeht Deutschland mit Partnern in aller Welt das 100. Gründungsjubiläum des Bauhauses. In Weimar 1919 gegründet, 1925 nach Dessau umgezogen und 1933 in Berlin unter dem Druck der Nationalsozialisten geschlossen, bestand die Hochschule für Gestaltung nur 14 Jahre. Dennoch wirkt das Bauhaus weltweit bis in die Gegenwart fort. Das 100-jährige Gründungsjubiläum des Bauhauses bietet die einmalige Chance, alle Facetten der Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte sowie der Gegenwärtigkeit des Bauhauses für eine breite Öffentlichkeit sichtbar und erfahrbar zu machen und damit gleichzeitig Impulse für Neues zu geben. Das Bauhaus-Jubiläum wird und soll daher von einer Vielzahl von Akteuren, Initiativen und Institutionen gestaltet werden.

NEUEINSTELLUNGEN:

910 Polizistinnen und Polizisten

3.000 Lehrerinnen und Lehrer

100 Richterinnen und Richter

Gesundheitskur für das grüne Herz Deutschlands

Zum ersten Mal in der Geschichte des Freistaats lenkt eine Vertreterin der Grünen das Umweltministerium. Ob Natura 2000-Stationen oder die Zukunft des Grünen Bandes: Anja Siegesmund hat viel frischen Wind in ihr Ressort gebracht.

Wenn Anja Siegesmund nach den wichtigsten Errungenschaften der ersten Hälfte der rot-rot-grünen Wahlperiode gefragt wird, muss die Umweltministerin nicht lange überlegen: „Wir haben innerhalb einer sehr kurzen Zeit ein Netz mit insgesamt elf Natura 2000-Stationen über das ganze Land gespannt. Das kann sich sehen lassen.“ Jahrelang habe der Naturschutz im Freistaat strukturell und finanziell tief stapeln müssen. Der Grund: mangelnder politischer Wille, deutliche Akzente zu setzen, sagt Siegesmund.

Naturschutz ist allen wichtig – bis es konkret wird

Eine leichte Aufgabe sei es nicht gewesen, alle Beteiligten in ein Boot zu bekommen. „90 Prozent der Bundesbürger ist laut einer aktuellen Umfrage eine intakte Natur wichtig. Wenn es konkret wird, stellt sich aber schnell die Frage, wie wir mehr erlebbare Naturräume schaffen.“ Mit dem Konzept der Natura 2000-Stationen gebe es nun erstmals einen effektiven Schutz seltener Tiere und Pflanzen – und Kümmerer für den Naturschutz in allen Regionen des Landes. Probleme und künftige Strategien werden an einem runden Tisch besprochen, der einmal im Monat für die „elf Freunde“ an der Fachhochschule Erfurt ausgerichtet wird. „Ziel muss es nun sein, die Natura 2000-Stationen im Landesnaturschutzgesetz zu verankern, damit es auch nach 2019 weiter geht. Denn fünf Jahre sind für die Natur nur ein Wimpernschlag.“

Grünes Band soll Nationales Naturmonument werden

Großes plant die Ministerin auch in Bezug auf das Grüne Band: „Aktuell arbeiten wir daran, die ganzen 763 Kilometer entlang der thüringischen Grenze als Nationales Naturmonument auszuweisen.“ Sowohl für die deutsch-deutsche Geschichte als auch für den Naturschutz wäre das ein wichtiger Schritt. Schon heute seien viele Bereiche am ehemaligen Kolonnenweg unwegbare. „Wir können es uns nicht leisten, noch zehn Jahre zu warten.“

Man muss Schätze kennen, um sie zu schützen

Möglichst viele Menschen ins Boot zu holen und ihnen den Wert der Naturschätze Thüringens bewusster zu machen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben, die Siegesmund sich gesetzt hat. „Bei einer Veranstaltung mit einer Schulklasse im Wildkatzendorf Hütscheroda habe ich einmal gefragt, wer von den Schülern weiß, dass es Urwald in Thüringen gibt. Fast alle Hände sind unten geblieben.“ Für die Ministerin ist diese mangelnde Kenntnis ein Phänomen, das auch bei vielen Erwachsenen anzutreffen ist:



Thüringen wird zum Energie-Gewinner. Umweltministerin Anja Siegesmund setzt sich dafür ein, die Chancen der Energiewende für Kommunen, Wirtschaft und Bürger/-innen zu nutzen.

„90 Prozent der Bundesbürger ist laut einer aktuellen Umfrage eine intakte Natur wichtig. Wenn es konkret wird, stellt sich aber schnell die Frage, was das eigentlich bedeutet.“

Anja Siegesmund

„Nur wenn man die Schätze kennt, die man vor der Haustür hat, kann man sie schützen.“ Ein Ministerium könne nur Strukturen auf den Weg bringen und Projekte finanziell unterstützen. „Aber am Ende sind es die Leute selbst, die ihre Naturschätze bewahren müssen.“ Von unschätzbarem Wert seien deshalb gerade auch kleinere Projekte zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, mit denen Umweltschulen, die Jugendabteilungen der Naturschutzverbände und das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) gestärkt werden. „Das sind kleine, feine Projekte, die aber eine große Reichweite haben.“ Gerade im Naturschutz gibt es natürlich viele Themen, in denen die Vermittlungsstrategien auf eine harte Probe gestellt werden: „Ein Beispiel ist neben dem Kalibergbau auch der Gipsabbau im Südharz. Die Interessen von Naturschutz und Wirtschaft auszubalancieren, ist wirklich fordernd.“ Der Spagat zwischen dem Erhalt der bundesweit einmaligen Gipskarstlandschaft und den Interessen der Wirtschaft sei schwierig. „Wir haben unter anderem eine Bundesratsinitiative zum Gipsrecycling auf den Weg gebracht – weil die wertvollen Gipskartonplatten bei Sanierungen nicht einfach entsorgt werden sollten.“ Eine entsprechende Recyclingstruktur auszubauen, sei zusätzlich zum Abbau weniger schützenswerter Gipsflächen, eine Chance für den Südharz.

Außentermine bieten unbezahlbare Momente

Dass der Beruf der Ministerin auch einen Preis fordert, bemerkt Siegesmund vor allem in der eigenen Familie. Denn bei einem durchschnittlichen 12-Stunden-Tag bleibt meist nicht viel Zeit für Privatleben: „Es sind die gleichen Probleme, mit denen auch Schichtarbeiter oder Pflegekräfte zu kämpfen haben.“ Umso wichtiger sei es, Prioritäten zu setzen: „Wenn etwa meine Große ein wichtiges Vorspiel mit dem Klavier hat, dann weiß ich wo ich bin: bei meiner Tochter. Kinder merken das, wenn man sich freiboxt und auch wirklich da ist. Sie merken aber auch, wenn man in Gedanken woanders ist.“ Ein Ausgleich zur großen Verantwortung seien zudem die Außentermine, die immer wieder unbezahlbare Momente lieferten: „Wenn ich im Hainich zur Bärlauchblüte bin oder im Wiegental in der Hohen Schrecke stehe und über meinem Kopf das frische Buchengrün wogt – das sind für mich persönlich die schönsten Momente. Weil ich dann weiß, wofür ich Akten gewälzt habe und wofür wir das Geld der Thüringerinnen und Thüringer einsetzen. Am liebsten bin ich draußen. Da packe ich beim Bäume pflanzen, Teich renaturieren oder im Klima-Pavillon gern selbst mit an.“ Insgesamt sei der Schritt in die Regierungsverantwortung für ihre Partei absolut richtig gewesen, sagt Siegesmund rückblickend. „Wir haben unheimlich viel bewegt, in den letzten zwei Jahren.“ Obwohl die Koalition mit Demonstrationen vor dem Landtag begonnen hatte, habe Rot-Rot-Grün sich als ganz normale Koalition zu dritt erwiesen. „Wenn es um den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen geht, war es höchste Zeit, als Grüne in diesem Ressort aktiv zu werden. Aber es ist auch klar, dass es die nächsten zweieinhalb Jahre noch sehr viel zu tun gibt.“



Anja Siegesmund Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Dass sie mit ihrer Heimat, dem grünen Herzen Deutschlands, so tief verbunden ist.

Wenn Sie noch einmal auf die Welt kommen würden, welchen beruflichen Weg würden Sie einschlagen?

Keinen anderen. Aber wenn ich in eine Zeitmaschine steigen könnte, wäre ich gern im Jahr 1903 Henriette Arendt. Die war ausgebildete Krankenschwester und die erste Polizeiassistentin Deutschlands. Mutige Frauen wie sie sind es, die mich bis heute inspirieren.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Mehr Urwald für Thüringen, zum Beispiel am Possen bei Sondershausen.

Klimaschutz

Mit dem Klimagesetz und der Klimastrategie für gutes Klima

Der Klimawandel macht auch vor Thüringens Landesgrenzen nicht halt. Die ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der fortschreitenden Erderwärmung sind bereits heute deutlich spürbar. Bereits in den vergangenen 25 Jahren ist in Thüringen ein Anstieg der Jahresmitteltemperatur um 0,9 Grad Celsius zu beobachten. Mit dem Thüringer Klimagesetz soll die Energie- und Klimapolitik im Freistaat Thüringen mit verbindlichen Zielen zur Senkung klimaschädlicher Treibhausgase neu ausgerichtet werden. So soll der Ausstoß des Klimagases CO₂ bis 2050 um 95 Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden. Bis 2040 soll Thüringen unabhängig vom Import fossiler Energieträger wie Kohle und Gas werden und sich bilanziell vollständig aus klimafreundlichen Energien versorgen können. Begleitet wird das Klimagesetz von der integrierten Energie- und Klimaschutzstrategie (IEKS), die im Jahr 2017 in einem breiten Dialog mit Kommunen, Verbänden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft erarbeitet wird. Die Thüringer Klimaschutzstrategie wird konkrete Projekte und Maßnahmen enthalten, mit denen die Ziele des Klimagesetzes erreicht werden können. Dabei geht es insbesondere um die Bereiche Energieversorgung, Landwirtschaft, Verkehr und Privathaushalte sowie Ernährung. Zentraler Ort für den Austausch von Ideen und Diskussionen zum Klimaschutz ist der Klima-Pavillon des Thüringer Umweltministeriums auf der Landesgartenschau in Apolda. Der kuppelförmige Bau ist für 149 Tage Anlaufstelle und Treffpunkt für alle, die sich informieren, austauschen und einbringen wollen.



Gesunde Gewässer

Für sauberes Wasser und verbesserten Hochwasserschutz

Gesunde und ökologische Gewässer sind existenzielle Lebensgrundlagen nicht nur für uns Menschen, sondern für zahlreiche Tiere und

Pflanzen. Die vielerorts noch stark begradigten und verbauten Gewässer sowie die zu hohen Nährstoffeinträge aus Landwirtschaft und Abwasserleitungen führen dazu, dass 90 Prozent unserer Flüsse, Seen und Grundwasserressourcen den nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie geforderten „guten Zustand“ verfehlen. Die beiden Landesprogramme Hochwasser- und Gewässerschutz enthalten deshalb mehr als 5.000 Projekte und Maßnahmen, um den Hochwasserschutz zu verbessern und lebendige Gewässer zu entwickeln. Hierfür investiert Thüringen bis 2021 rund eine Milliarde Euro aus Landes-, Bundes- und europäischen Mitteln.

Energiewende

Mit der Sonne wird Thüringen zum Energie-Gewinner

Mit dem erfolgreichen Förderprogramm „Solar Invest“ fördert Thüringen den weiteren Ausbau der klimafreundlichen Solarenergie. Einen Schwerpunkt bildet die Unterstützung sogenannter Mieterstrommodelle, bei denen dezentral vor Ort produzierter Solarstrom direkt von den Mieterinnen und Mietern von Wohngebäuden und Gewerbeflächen genutzt wird. Dies ist besonders kostengünstig, weil der klimafreundliche Strom nicht über die öffentlichen Netze eingeleitet werden muss und damit weder Netznutzungsentgelte noch Konzessionsabgaben anfallen. Durch die Unterstützung der Mieterstrommodelle können erstmals auch Mieterinnen und Mieter von der Energiewende finanziell profitieren. Die Nachfrage nach den Fördermöglichkeiten für Photovoltaikanlagen und Energiespeicher zum Eigenverbrauch ist hoch. Seit dem Start im November 2016 wurden bereits über 500 Anträge (Stand: April 2017) für Investitionen in Photovoltaikanlagen, Energiespeicher sowie Mieterstrommodelle gestellt. Im Jahr 2017 stehen für das Förderprogramm rund 4,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Naturdenkmal

Natur und Geschichte verbinden: Grünes Band wird Naturmonument

Das Grüne Band Thüringen ist ein naturgewordenes Mahnmal deutscher Geschichte und soll Deutschlands erstes großflächiges Nationales Naturmonument werden. Vielfältige Biotope bieten Lebensraum für ca. 1.200 Tier- und Pflanzenarten der Roten Listen Deutschlands. Diesen Schatz gilt es zu bewahren. Gleichzeitig soll der ehemalige Grenzstreifen als lebendiges Zeugnis der jüngeren deutschen und europäischen Ge-

schichte erlebbar bleiben. Das Nationale Naturmonument Grünes Band Thüringen erstreckt sich auf einer Länge von 763 Kilometern und soll die Flächen zwischen der jeweiligen Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hessen, Bayern und Sachsen und dem ehemaligen Kolonnenweg umfassen. Die Gesamtfläche beträgt etwa 6.800 Hektar – zum Vergleich: Der Nationalpark Hainich hat eine Größe von 7.500 Hektar.



Natur- und Artenschutz

Schutz des Naturerbes: 11 Natura 2000-Stationen für Thüringen

Fast ein Fünftel der Landesfläche Thüringens gehört zum europäischen Schutzgebietsnetz Natura 2000. Dazu gehören 212 Gebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH), 35 punkthafte FFH-Objekte sowie 44 EU-Vogelschutzgebiete. Um diese Naturschätze zu sichern, haben bereits im Jahr 2016 die ersten sechs Natura 2000-Stationen ihre Arbeit aufgenommen. Weitere fünf folgten Anfang 2017. Die Stationen entwickeln Lebensräume und sichern Arten des europäischen Schutzgebietsnetzes in Thüringen. Gemeinsam mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert das Thüringer Umweltministerium ein gemeinsames Kompetenzzentrum von BUND Thüringen, NABU Thüringen und dem Deutschen Verband für Landschaftspflege (DVL) zu gleichen Teilen mit insgesamt 740.000 Euro. Das Kompetenzzentrum koordiniert die Arbeit der Natura 2000-Stationen. Die Umsetzung von Projekten in den Natura 2000 Gebieten wird zusätzlich durch eine Mittelaufstockung im Förderprogramm „Entwicklung von Natur und Landschaft“ (ENL) unterstützt. Gefördert wird die Ausstattung aller Stationen mit ca. 1 Millionen Euro jährlich.



Ausblick

Klimaschutz und Naturschutz sind das A und O

Wälder sind unentbehrlicher Bestandteil unseres Ökosystems. Rund ein Drittel der Thüringer Landesfläche ist von Wald bedeckt. Die Thüringer Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, fünf Prozent der staatlichen Waldflächen Thüringens nicht mehr forstwirtschaftlich zu nutzen. Diese Wildnisflächen sichern zahlreichen Tier- und Pflanzenarten einen Rückzugsort und nachhaltigen Lebensraum. Thüringen leistet damit einen Beitrag zum Artenschutz und setzt die Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt um. Saubere und artenreiche Gewässer stehen bei der geplanten Novelle des Thüringer Wassergesetzes im Mittelpunkt. Verpflichtende Uferlandstreifen sollen einen wirksamen Beitrag leisten, um der fortschreitenden Überdüngung unserer Gewässer durch die Landwirtschaft zu begegnen. Vorgesehen ist weiterhin, finanzielle Gerechtigkeitslücken bei der Abwasserbeseitigung zu schließen und den Anschlussgrad an zentrale Kläranlagen weiter zu erhöhen. Daneben verfolgt die Überarbeitung das Ziel, den Hochwasser- und Gewässerschutz weiter zu verbessern und Defizite in der Umsetzung europäischer Richtlinien zum Gewässerschutz zu beseitigen. Thüringens Kommunen sollen bei der Gewässerunterhaltung stärker unterstützt und die Hochwassergefahrenabwehr verbessert werden.

Novelle des Thüringer Naturschutzgesetzes

Große Teile des Thüringer Gesetzes für Natur und Landschaft (ThürNatG) sind seit dem Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes im Jahr 2010

nicht mehr anwendbar. Neben der Anpassung des Thüringer Naturschutzgesetzes an das aktuelle Bundesnaturschutzrecht soll die Novelle unter anderem dazu beitragen, den Vertragsnaturschutz zu stärken und die Nationalen Naturlandschaften zu sichern. Langfristig erhalten werden sollen auch die 11 Natura 2000-Stationen, mit denen die Pflege und Entwicklung des europäischen Schutzgebietsnetzes vorangetrieben wird.

Klimaneutrale Landesverwaltung

Mit einer Dreifachstrategie von vermindern, ersetzen und ausgleichen soll die Thüringer Landesverwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral arbeiten. In einem ersten Schritt wird hierfür im Jahr 2017 eine Startbilanz der aktuellen CO₂-Gesamtemissionen der Thüringer Verwaltung erstellt und ein Minde-rungskonzept für den Strom- und Wärmebedarf von Gebäuden, Beschaffung und Mobilität entwickelt. Der verbleibende Energieverbrauch soll klimaneutral ersetzt werden. Alle landeseigenen Gebäude werden vollständig mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt. Außerdem werden Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt. Das Thüringer Umweltministerium hat bereits ein erstes Ausgleichsprojekt gestartet. Bei Ronneburg entsteht ein fünf Hektar großer zertifizierter Klimawald. Der naturnahe Laubmischwald wird der Atmosphäre künftig 30 Tonnen CO₂ pro Jahr entziehen und die mit der Arbeit des Thüringer Umweltministeriums verbundenen Treibhausgasemissionen des Jahres 2015 kompensieren.

Neue Rezepte und deutlich mehr Dialog: Thüringen auf der Überholspur

Als ehemaliger Oberbürgermeister von Leipzig und früherer Bundesverkehrsminister ist Wolfgang Tiefensee ein politisches Schwergewicht im Kabinett Ramelow. Doch obwohl der Minister das Bundesparkett gewohnt ist, ging die Eingewöhnung nach dem Wechsel aus Berlin sehr schnell – dem Thüringer Understatement sei Dank.

Für Wolfgang Tiefensee bleibt der Wechsel aus dem Bundestag an die Spitze des Thüringer Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums unvergessen: Noch am Tag seiner Vereidigung unterzeichnete er seinen neuen Mietvertrag und zog mit seiner Frau in die neue Wahlheimat. „In den ersten Wochen führten wir ein fast studentisches Leben, wohnten buchstäblich nur mit einer Luftmatratze und zwei Rotweingläsern. Das war ungewöhnlich und hat uns viel Freude gemacht“, erinnert sich der Minister. Schon nach einem Monat sei er voll angekommen und habe die Stärken der Thüringer einmal mehr am eigenen Leib erlebt. „Die Thüringer sind nicht selbstgefällig, sie baden nicht im eigenen Erfolg wie das woanders häufig der Fall ist. Das Understatement hier gefällt mir sehr gut.“ So verwundert es auch nicht, dass sich der gebürtige Geraer schnell in die vielen anstehenden Aufgaben des Ministeriums eingefunden hat. Und die sind tatsächlich so umfangreich, dass auch in einer Halbbilanz nur ein kleiner Teil davon Erwähnung finden kann.

Wirtschaft: Kleine und mittlere Unternehmen im Fokus

Im wirtschaftlich eher kleinteiligen Thüringen sei seit Beginn der Wahlperiode die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen wichtig gewesen – ein Grundsatz von Tiefensees Politik, der gleich auf mehreren Ebenen vorangetrieben wurde. Unter anderem seien beim Thema Breitbandversorgung viele wichtige Weichen gestellt und Investitionen getätigt worden. Neben den Ballungszentren wurden und werden auch eher unterversorgte Gebiete wie etwa der Kyffhäuserkreis mit schnellerem Internet ausgerüstet. Spätestens 2020 soll Thüringen flächendeckend mit 50 Mbit-Anschlüssen ausgestattet sein. Zentrale Einrichtungen wie Hochschulen, Krankenhäuser oder Gewerbegebiete sollen dann deutlich besser versorgt sein. Und auch die Nachfolgetechnologie namens 5G stehe dann bereits in den Startlöchern, sagt Tiefensee.

Beste Voraussetzungen für Startups

Der Startschuss für das Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum (ThEx) sei ein wichtiger Schritt gewesen, um die Wirtschaftskraft zukunftsfest zu machen. Gerade im Bereich der Startup-Unternehmen habe sich eine Menge getan. „Aktuell sind wir eines der führenden Bundesländer für innovative Gründungen – und damit meine ich stabile, wirtschaftsrelevante Gründungen, nicht nur die reine Anzahl von Gewerbeanmeldungen. Das ist schon bemerkenswert.“ Zahlreiche Investitionen und die Internationalisierung der Thüringer Wirtschaft hätten das Land weiter voran gebracht. In Sachen Außenwirtschaft sei Thüringen gut beraten, sich auch nach



Minister Tiefensee mit seinem Amtskollegen Dr. Albert Karimow, Wirtschaftsminister von Tatarstan, im Juni 2016 in Weimar.

„Aktuell sind wir eines der führenden Bundesländer für innovative Gründungen – und damit meine ich stabile, wirtschaftsrelevante Gründungen, nicht nur die reine Anzahl von Gewerbeanmeldungen. Das ist schon bemerkenswert.“

Wolfgang Tiefensee

möglichen neuen Märkten und Handelspartnern umzusehen. Nicht umsonst seien bei den Auslandsbesuchen neben Wirtschafts- auch Wissenschaftsvertreter aus Thüringen dabei gewesen. Vor allem Afrika sei ein häufig unterschätzter Handelspartner. „Ich bin überzeugt, dass dieser Erdteil zu den Zukunftsmärkten für Europa gehört.“ Wünschenswert für Thüringen und dessen Zukunft sei es, dass sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber an einen Tisch setzten und gemeinsam Lösungen suchten. „Wenn es der Thüringer Wirtschaft gut geht, kommt das allen zu Gute.“

Mehr Geld für Wissenschaft

Im Bereich Wissenschaft ist die Zahl der Aufgaben ähnlich weitreichend wie im Wirtschaftsressort. Ein wichtiger Schritt: Die Entscheidung, dass alle zehn Thüringer Hochschulen bis zum Jahr 2019 vier Prozent mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen – entgegen dem allgemeinen Trend in den meisten anderen Bundesländern, die die Hochschulfinanzierung senkten. Damit sei mehr Raum für die Profilierung der einzelnen Standorte entstanden. „Aktuell haben wir den Referentenentwurf für das neue Hochschulgesetz vorgelegt. Es war mir ein persönliches Anliegen, dass wir vorher ausführlich mit der Community reden – das haben wir im Thüringer Hochschuldialog zum ersten Mal und sehr umfassend gemacht.“ Im August soll der Entwurf nun dem Landtag vorgelegt werden.

Tourismus nach dem „Amazon-Prinzip“

Wichtig sind dem Minister die Leistungen im digitalen Bereich. „Ich bin sehr froh, dass in die Digitalisierung des Mittelstandes inzwischen Bewegung gekommen ist.“ Bis zum Herbst 2017 wird die Thüringer Digitalstrategie vorliegen. Neuen Schub und eine grundsätzliche Neuausrichtung gab es zudem in Sachen Tourismus: Vier Leuchtturmprojekte – die Wartburg, der Rennsteig sowie die Städte Erfurt und Weimar – sollen künftig möglichst viele Besucher ins Land ziehen. „Es funktioniert nach dem Amazon-Prinzip: Wer sich für den Rennsteig interessiert, der findet vielleicht auch das Zeulenrodaer Meer spannend, Weimar lässt sich gut mit der Leuchtenburg verbinden und so weiter. Die ganzheitliche Sicht ist da sehr wichtig.“

Mehr Besucher ins Land zu bringen, helfe letztlich auch Wissenschaft und Wirtschaft – etwa, wenn es um Arbeits- und vor allem Fachkräfte geht. „Es ist richtig, dass sich schon meine Vorgänger vom falschen Bild des Billiglohnlandes Thüringen gelöst haben“, erklärt Tiefensee. „Die Botschaft muss sein, dass es sich in Thüringen gut leben lässt und dass man hier gutes Geld verdienen kann.“ Ein Grundsatz, den sich auch die Thüringer selbst manchmal etwas öfter bewusst machen könnten. „Thüringen ist ein sehr schönes und interessantes Bundesland. Ich selbst war nach meinem Umzug einmal mehr überrascht, wie hervorragend es sich in Erfurt und Thüringen leben lässt.“



Wolfgang Tiefensee Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft

Gewähren Sie uns doch mal einen Blick hinter die Kulissen. Was kennzeichnet – losgelöst vom politischen Tagesgeschäft – diese Landesregierung?

Das ist sicher die gute, kollegiale Zusammenarbeit dieser Regierung. Natürlich haben alle Häuser ihre Interessen, die Wirtschaft kollidiert da schon mal mit dem Umweltschutz. Aber letztlich arbeiten alle gemeinsam daran, Thüringen voranzubringen.

Wenn Sie nicht Wirtschaftsminister wären, welcher andere Beruf würde Sie reizen und warum?

Ich habe es immer als eine spannende Fertigkeit angesehen, Erfinder zu sein. Ich bin ja von Haus aus Ingenieur – das ist tatsächlich ein sehr fesselnder und abwechslungsreicher Beruf, den ich nach wie vor hoch interessant finde.

Wenn Sie einen Wunsch beim Ministerpräsidenten frei hätten, um was würden Sie ihn bitten?

Ich wünschte ihm, dass seine Meinung zur allgemeinen Meinung der Linkspartei wird. Ich wünsche mir, dass er so wie bisher auch in schwierigen Situationen für die Belange der Wirtschaft und der Wissenschaft kämpft.

Investitionen

Breitbandausbau in Thüringen kommt sehr gut voran

Thüringen ist beim Breitbandausbau sehr gut vorangekommen. Laut dem „Bericht zum Stand des Breitbandausbaus in Thüringen“ ist die Zahl der Haushalte, die schnelles Internet von mindestens 30 Megabit pro Sekunde nutzen können, zwischen Oktober 2014 und Oktober 2016 von 627.700 auf 908.690 und damit um mehr als 44 Prozent gestiegen. Mindestens 50 Megabit pro Sekunde können 839.180 Haushalte nutzen – ein Anstieg um mehr als 41 Prozent im Vergleich zum Oktober 2014 (593.600). Die Versorgungsquote liegt damit jetzt bei 82 (30 MBit) bzw. 75 Prozent (50 MBit) aller Haushalte in Thüringen. Die Landkreise und Regionen in Thüringen haben in dem seit Herbst 2015 laufenden Bundesprogramm Breitband mit Unterstützung des Landes insgesamt 175 Millionen Euro Förderung beantragt. Damit sollen Investitionen von 450 Millionen Euro in das Breitbandnetz angeschoben werden. Für die Kofinanzierung wird das Land rund 100 Millionen Euro bereitstellen. Mit dem Ausbau werden rund 214.600 Breitbandanschlüsse in Thüringer Haushalten und Unternehmen neu verlegt oder für höhere Übertragungsraten mit ertüchtigt.



Digitalisierung

Strategie für Digitale Gesellschaft wird erarbeitet

Mitte Dezember 2016 hat das Wirtschaftsministerium erste Eckpunkte einer neuen, umfassenden „Thüringer Strategie für die Digitale Gesellschaft“ vorgelegt. Dieses „Grundlagenpapier“ soll Ausgangspunkt für eine Diskussion mit allen politischen und wirtschaftlichen Akteuren und Akteuren über den künftigen Weg Thüringens in die digitale Gesellschaft sein. Bis zum Herbst 2017 soll auf diesem Weg eine Digitalstrategie formuliert werden. Das Grundlagenpapier beruht auf einer Analyse von international und national erfolgreichen digitalen Strategien (z.B. Estland,

Schweden oder Bayern) und 70 Experteninterviews. Es führt vorhandene Ansätze zusammen, untersucht Digitalisierungspotentiale und leitet daraus die vier Leitthemen „Mittelstand 4.0“, „Digitale Landesentwicklung“, „Bildung und Forschung digital“ sowie „E-Government“ ab. Zu diesen Leitthemen werden konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, die bereits laufende Vorhaben ergänzen.

Maßnahmenplan

Thüringer Wald als Wirtschaftsregion entwickeln

Mit 56 Maßnahmen will das Land der wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung im Thüringer Wald neuen Schub verleihen. Dazu hat die 2016 gegründete Projektgruppe „Zukunft Thüringer Wald“ ein Konzept vorgelegt. Die Maßnahmen konzentrieren sich auf die drei Handlungsfelder „Stärkung von wirtschaftlichen Kernbranchen“, „Verbindung von Natur- und Kulturtourismus“ und „Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ und werden seit Anfang 2017 gemeinsam mit allen Akteuren umgesetzt. Die Projektgruppe, an der die Staatskanzlei sowie die Ressorts für Finanzen, Sport, Infrastruktur, Umwelt und Kommunales beteiligt sind, wird vom Wirtschaftsministerium geleitet und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsregion Thüringer Wald.

Wissenschaftspolitik

Neues Hochschulgesetz und mehr Planungssicherheit

Erklärtes Ziel der Thüringer Hochschulpolitik ist die Sicherung der Leistungskraft und der Zukunftsfähigkeit der Hochschulen. Die zwischen der Landesregierung und den Hochschulen 2016 abgeschlossene Rahmenvereinbarung IV für die Jahre 2016 bis 2019 enthält verbindliche Zusagen für die Hochschulfinanzierung. Das Finanzvolumen der Rahmenvereinbarung steigt gegenüber dem Jahr 2015 um jährlich vier Prozent und liegt im Zeitraum 2016 bis 2019 bei insgesamt 1,69 Milliarden Euro. Damit erhalten die Hochschulen langfristige Planungssicherheit. Nach Abschluss der Rahmenvereinbarung wurde mit jeder Hochschule eine Ziel- und Leistungsvereinbarung abgeschlossen. In den Vereinbarungen werden die Entwicklungs- und Leistungsziele für jede einzelne Hochschule festgelegt. Das Wirtschaftsministerium hat 2016 einen breit angelegten Diskussionsprozess über die Herausforderungen und notwendigen Veränderungen für das Thüringer Hochschulrecht durchgeführt.

Dazu fanden im Sommersemester 2016 an allen Hochschulstandorten Thüringens Regionalforen sowie im Herbst zwei Werkstattgespräche statt. Themen waren u.a. die künftige Hochschulstruktur, Mitwirkung und Mitbestimmung der Hochschulorgane oder das Promotionsrecht an Fachhochschulen. Auf dieser Grundlage hat das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft einen Referentenentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Thüringer Hochschulrechts vorgelegt. Er wird derzeit abgestimmt und anschließend in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Die Änderungen im Hochschulrecht sollen im Wintersemester 2017/2018 in Kraft treten.



Praxisnahe Ausbildung

Duale Hochschule Gera-Eisenach gegründet

Am 1. September 2016 ist die Duale Hochschule Gera-Eisenach (DHGE) als zehnte Hochschule des Landes an den Start gegangen. Sie löst die bisherige Staatliche Studienakademie Thüringen mit den Berufsakademien (BA) in Gera und Eisenach ab und ist als Hochschule ab sofort der Hauptanbieter dualer Studiengänge in Thüringen. Alleinstellungsmerkmal der Dualen Hochschule ist die Verknüpfung einer praxisnahen Ausbildung in Unternehmen der Region mit einem Hochschulstudium. Das bewährte duale Studienmodell bleibt so in Abgrenzung zu allen anderen Thüringer Hochschulen bestehen und wird fortgeführt. Mit der Umwandlung wird die Finanzierung der Einrichtung schrittweise von 8,1 Millionen Euro in 2015 auf 11,3 Millionen Euro bis 2019 erhöht. Die Mittel fließen vor allem in zusätzliches Personal.



Ausblick

Regionale Wirtschaft fördern und Exzellenz der Forschung herausstellen

Die erste Hälfte der Legislaturperiode hat das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft genutzt, um wichtige Aufgabenstellungen des Koalitionsvertrages der rot-rot-grünen Landesregierung abzuwickeln. Auch in der zweiten Hälfte bleibt die Politik des Ministeriums ausgerichtet auf eine regionale Wirtschaftsförderung, die sowohl auf die Stärken der Thüringer Regionen setzt wie auch den Wachstumszentren eine besondere Bedeutung beimisst. Die Wissenschaftspolitik zielt auf eine kontinuierliche Profilierung der Hochschulen, die Exzellenz der Forschung, Kooperationen zwischen Wissenschaft, Forschungsinstitutionen und Wirtschaft sowie auf die Planbarkeit der finanziellen Ressourcen.

Innovationsfähigkeit steigern

Die vier Kernthemen der weiteren Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik lauten daher: Innovationsfähigkeit steigern, Investitionen fördern, Internationalisierung vorantreiben und Fachkräftengpass meistern. Dem dienen zentrale Vorhaben, die in den kommenden zweieinhalb Jahren zur Umsetzung anstehen. Dazu zählen der Breitbandausbau und die Erarbeitung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie, die strategische Weiterentwicklung der Regionalförderung und die Fortführung der Großflächeninitiative sowie die Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes.

Neue Thüringer Tourismusstrategie

Erarbeitet und verabschiedet werden soll eine neue Thüringer Tourismusstrategie. Außerdem stehen auf der Agenda die Umsetzung des Projekts „Zukunft Thüringer Wald“, die Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes und die Entwicklung einer Strategie zur Digitalisierung an den Thüringer Hochschulen. Hinzu kommen wichtige Infrastrukturinvestitionen im Technologiebereich, darunter die Gründung des neuen DLR-Instituts für „Big Data“ oder die Erweiterung des Batterieforschungszentrums CEEC in Jena. Parallel dazu laufen die Bemühungen der Hochschulen um die Einwerbung eines Exzellenzclusters für Thüringen.

Wir haben viel erreicht – aber viel bleibt zu tun. Die Arbeit geht deshalb mit Hochdruck weiter. Dabei setzen wir auf einen guten Dialog mit allen Akteuren – mit Unternehmern und Gewerkschaftern, mit Ökonomen und Arbeitern, mit Wissenschaftlern und Studierenden. Denn eine frühzeitige und breite Einbindung aller Betroffenen sichert die Akzeptanz von Entscheidungen und ermöglicht gute, langfristig tragfähige Lösungen.

Impressum

Herausgeber:
Freistaat Thüringen
Thüringer Staatskanzlei
Regierungsstraße 73
99084 Erfurt
Tel.: +49 361 / 37 900

V.i.S.d.P.:
Günter Kolodziej, Regierungssprecher

Konzeption & Gestaltung:
BEST FRIEND Agentur für Kommunikation GmbH, Berlin

Bildnachweis

S.3	TSK	S.32	TMIK/ Steve Bauerschmidt
S.4	TSK / photograph-erfurt.de	S.33	TSK / photograph-erfurt.de
	TMBJS	S.34	shutterstock.com / keport
S.5	TSK / photograph-erfurt.de		TMIK/ Bastian Frank
S.6	picture alliance / arifoto UG/dpa-Zentralbild		TMIK/ Marcus Scheidel
S.8	TSK	S.35	shutterstock.com / artefacti
S.9	TSK / photograph-erfurt.de	S.36	TMMJV
S.12	TMASGFF	S.37	TSK / photograph-erfurt.de
S.13	TSK / photograph-erfurt.de	S.38	TMMJV
S.14	TMASGFF	S.39	TMMJV
S.15	TSK	S.40	TSK
S.16	TMBJS	S.41	TSK / photograph-erfurt.de
S.17	TMBJS	S.42	TSK
S.18	TMBJS		TSK / Jacob Schröter
S.19	TMBJS		TSK / Philippe Veldeman
S.20	TSK / Michael Reichel	S.43	TSK / Michael Reichel
S.21	TSK / photograph-erfurt.de	S.46	picture-alliance / Sebastian Kahnert
S.22	TFM	S.47	TSK / photograph-erfurt.de
	TSK	S.48	Matthias Eckert
S.23	TFM		TMUEN
S.24	TMIL/ Martin Gerlach	S.49	TMUEN
S.25	TSK / photograph-erfurt.de	S.50	TSK / Candy Welz
S.26	TMIL / Martin Gerlach	S.51	TSK / photograph-erfurt.de
S.27	TMIL / Martin Gerlach	S.52	TMWWDG
S.28	TSK / photograph-erfurt.de	S.53	Liesa Johannssen-Koppitz

